

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

14 (17.1.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeben Inserate ohne Gewähr.)
Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.30, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Donnerstag, den 17. Januar 1952

Nr. 14

Immer noch 1,3 Millionen Soldaten vermißt

700 000 Zivilisten von Sowjets verschleppt — Adenauer appelliert an die SPD

Bonn (UP). Zwischen den Koalitionsparteien und der Opposition kam es im Bundestag zu heftigen Auseinandersetzungen. Drei-mal griff der Bundeskanzler persönlich in die Debatte ein und erneuerte trotz der scharfen Kritik der SPD seinen Appell an die Sozialdemokraten, mit der Regierung und der Koalition in „nationalen Lebensfragen“ zusammenzuarbeiten.

Im Verlauf der Aussprache gab Dr. Adenauer bekannt, daß noch 1,3 Millionen deutsche Wehrmachtangehörige vermißt werden. Entgegen den offiziellen Erklärungen der Sowjets seien die Namen von 106 000 noch lebenden und in Sowjetrußland zurückgehaltenen Kriegsgefangenen bekannt. Die Bundesregierung müsse jedoch annehmen, daß die Zahl der noch in den UdSSR festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen noch sehr viel größer sei. 700 000 deutsche und volkdeutsche Zivilpersonen sind nach den Ermittlungen der Regierung nach Rußland verschleppt worden, von denen mindestens 170 000 noch am Leben seien. In der Tschechoslowakei werden noch mehr als 12 000 Zivilpersonen in Haftanstalten festgehalten; von 5079 von ihnen seien die Namen bekannt. Noch rund 20 000 deutsche Zivilisten würden in Polen zurückgehalten. Auch bei diesen seien 7265 Namen bekannt. Die Bundesregierung will ihr Beweismaterial dem Kriegesgefangenen-Untersuchungsausschuß der UN zufließen lassen.

Der Bundeskanzler wandte sich während der weiteren Debatte gegen die sozialdemokratische Kritik an „System der Kommissare und politisierenden Staatssekretäre“, die Ollenhauer geißelt hatte. Die Staatssekretäre hätten das unbestreitbare Recht, in der Öffentlichkeit zu Maßnahmen und Plänen der Bundesregierung Stellung zu nehmen. Hieran knüpfte Dr. Adenauer zum dritten Male innerhalb weniger Tage die Aufforderung an die sozialdemokratische Opposition, in allen „nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes“ mit Regierung und Koalition zusammenzuarbeiten. Der Kanzler versicherte, daß er seinen Appell „sehr ernst“ meine und die SPD bei einer Zusammenarbeit „absolut fair“ behandeln werde. Ollenhauer nannte als erste Voraussetzung für eine solche Mitarbeit die „laufende und ausführliche Unterrichtung“ über alle wichtigen Vorgänge der Außenpolitik.

Adenauer hält Seebohm

Zu einer stürmischen Debatte kam es bei der Behandlung einer zweiten SPD-Interpellation, in der die Abberufung des Bundesverkehrsministers Seebohm gefordert wurde, weil er auf dem Parteitag der Deutschen Partei in Kassel erklärt habe, er neige sich vor jedem Symbol, unter dem Deutsche ihr Leben ließen. Die SPD sieht darin die Verherrlichung des Hakenkreuzes. Der Bundeskanzler erwiderte hierauf, er werde dem Verlangen der Sozialdemokraten nicht entsprechen, da Seebohms Äußerung nicht dem Hakenkreuz gegolten habe. Er versicherte gleichzeitig, daß ein Mann, der sich in Ehrfurcht vor dem Hakenkreuz neige, in seinem Kabinett keinen Platz haben würde. Der SPD-Abgeordnete Greve bezeichnete es als einen „Skandal“, daß der Bundeskanzler den Verkehrsminister nicht entlassen wolle.

Keine Saar-Soldaten

Der Bundeskanzler teilte dem Parlament die Absicht der Bundesregierung mit, die Saarfrage bei der nächsten Sitzung des Ministerrats im Europa-Rat vorzutragen. Die Regierung werde sich dabei auf die auch von der Saarregierung unterzeichnete Konvention über die Grundrechte berufen. Die Bundesregierung sei überdies der Auffassung, daß die Saar zu dem Gebiet des früheren Deutschen Reichs gehöre, dessen Grenzen auch von den Alliierten anerkannt worden seien. Das endgültige Schicksal der Saar werde daher erst in einem Friedensvertrag geregelt werden können. Bürger des Saargebietes dürften vor dem Friedensvertrag auch nicht zur Europa-Armee herangezogen werden.

Nach einem Beschluß des Bundestages soll die Bundesregierung im Ministerrat des Europa-Rats die Bildung eines Europäischen Postvereins beantragen. Die Vertreter der Bundesrepublik sollen die Einberufung einer Konferenz der europäischen Post- und Fernmeldedienste und den Abschluß zweiseitiger Verträge zwischen den beteiligten Ländern vorschlagen.

Beamtengesetz gebilligt

Die SPD-Kritik an den politisierenden Beamten wurde ein zweites Mal vorgetragen, als der Bundestag das neue Bundesbeamtengesetz in erster Lesung billigte und an den zuständigen Ausschuß überwies. Der von Bundesinnenminister Dr. Lehr begründete Gesetzesentwurf berücksichtigt die Grundsätze des Berufsbeamtentums. Das ursprünglich vorgesehene Verbot der politischen Betätigung der Beamten ist auf Empfehlung des Bundesrates fallengelassen worden. Auch können Beamte ein parlamentarisches Mandat ausüben.

Gleichfalls in erster Lesung billigte der Bundestag den Regierungsentwurf eines Ge-

setzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts. Die SPD bedauerte, daß das „schon längst fällige Gesetz“ erst so spät vorgelegt wurde.

Zu einer längeren Debatte führten zwei kommunistische und ein sozialdemokratischer Antrag über die Bereitstellung von „wertvollem Ackerland“ für Besatzungszwecke. Auf Grund des SPD-Antrags wurde die Bundesregierung ersucht, ihre Bemühungen bei den Hochkommissaren für eine Freigabe des Freiburger Flugplatzprojektes fortzusetzen.

Neue Fraktionsstärken

Über einen kommunistischen Antrag auf Bekanntgabe des Inhalts des Generalvertrags

Badischer Gesetzesantrag abgelehnt

Proteste gegen die „getarnte Annexion“ Badens

Bonn (UP). Der Bundestag lehnte den Antrag auf Aussetzung der Neugliederungsgesetze für den südwestdeutschen Raum mit 199 zu 120 Stimmen bei 15 Enthaltungen ab. Die Mehrheit sprach sich damit für eine umgehende Verwirklichung des Südweststaates nach dem Ergebnis der Volksabstimmung aus.

Über den als „badische Novelle“ bekannten Gesetzesentwurf, der von Abgeordneten der CDU/CSU, der Föderalistischen Union und zwei Abgeordneten der Deutschen Partei eingebracht worden war, kam es zu einer erregten Auseinandersetzung. Gegen den Antrag stimmten die SPD, die FDP, Abgeordnete der CDU und der Deutschen Partei.

Für die Antragsteller sprachen der Freiburger Abgeordnete Kopf (CDU), der darauf hinwies, daß in Gesamtbaden 52 Prozent der Bevölkerung für die Aufrechterhaltung des Landes Baden gestimmt haben. In der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes seien die moralischen Rechte der Badener nicht genügend berücksichtigt worden. Der Abstimmungsmodus habe zu einer Majorisierung der Badener geführt.

Die Sprecher der FDP und SPD vertraten demgegenüber die Auffassung, daß dem Bundestag nicht zugemutet werden könne, die verfassungsmäßige Verwirklichung des Südweststaates aufzuschieben, weil Staatspräsident Wohleb versuche, weiter zu kämpfen. Erwin Schöttle (SPD) erklärte, das Gesetz müsse vollzogen werden. Im Grundgesetz sei

die Neuordnung im südwestdeutschen Raum vor der allgemeinen Neugliederung ausdrücklich vorgesehen. Der Gesetzesentwurf über die Aufhebung verstoße gegen die Verfassung.

Nach der Auffassung des FDP-Abgeordneten Euler zieht die Haltung der Badener das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Zweifel. Die Aussetzung der gesetzmäßigen Errichtung des Südweststaates würde eine unheilbare Schädigung des demokratischen Gedankens bedeuten.

Für die Föderalistische Union griff der Abgeordnete Besold in scharfen Worten die Haltung der „Zentralisten“ an. Durch den falschen Abstimmungsmodus bei der Volksabstimmung in Südwestdeutschland sei die Meinung des Volkes unberücksichtigt geblieben. Der CDU-Abgeordnete Jäger meinte, es wäre abgesehen von allen anderen Gründen, politisch unzweckmäßig, die Bildung des Südweststaates gegen die erregte badische Bevölkerung durchzusetzen. Die Durchführung des Neugliederungsgesetzes bedeute eine getarnte Annexion Badens mit modernen Mitteln.

Ursprünglich war nur die erste Lesung der südwestdeutschen Novelle vorgesehen; die Mehrheit des Hauses bestand jedoch auf der Durchführung der zweiten Lesung, damit das Gesetz ohne die vorherige Ausschußüberweisung endgültig abgelehnt werden könnte. Wird ein Gesetz in zweiter Lesung abgelehnt, wie in diesem Falle, so erübrigt sich eine weitere Behandlung.

Wer bestimmt die deutsche Zahlung?

Schriftliche Einwendungen der Bundesregierung — NATO-Konferenz am 16. Februar

Bonn (UP). Die Bundesregierung hat sich in einem Schreiben an die Hochkommission gegen den Plan der drei Westmächte gewandt, den künftigen finanziellen deutschen Verteidigungsbeitrag durch Beamte der Hochkommission festsetzen zu lassen. Sie schlägt eine Beauftragung durch den NATO-Sonderausschuß unter Vorsitz von Botschafter Harriman vor.

In dem Brief wird zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung den Anspruch erhebt, ebenso wie alle anderen Mitglieder der Verteidigungsgemeinschaft, der Beurteilung des Harriman-Ausschusses zu unterstehen. Dieser Ausschuß macht nach Prüfung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten auch Vorschläge für ihre Beiträge. Die Bundesrepublik ist bisher von ihm noch nicht eingestuft worden.

Die Bundesregierung steht überdies auf dem Standpunkt, daß ihr finanzieller Verteidigungsbeitrag ausschließlich in die vorgesehene europäische Kasse eingezahlt werden sollte. Aus ihr könne dann auch die Verrechnung für den Unterhalt der „nicht-europäischen“ Truppen in Deutschland über die NATO erfolgen. Dies gilt, wie Sachverständige bemerken, vor allem für die britischen und amerikanischen Verbände. Großbritannien hatte bekanntlich schon angekündigt, daß es auf Weiterzahlung eines Teils der bisher schon von der Bundesrepublik geleisteten Beiträge zum Unterhalt seiner Truppen im Bundesgebiet bestehen müsse. Diese Abgaben sollten direkt an britische Stellen und nicht erst an die Europa-Kasse erfolgen.

Bei den deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen haben die Vertreter der Hochkommission angeblich den Wunsch geäußert, bereits in einem Annex zum Generalvertrag festzulegen, welche Summe die Bundesrepublik für die alliierten Besatzungstruppen im Bundesgebiet zahlen soll. Nach deutscher Auffassung setzen sie sich damit für eine Vorentscheidung über die Festsetzung des eigentlichen Verteidigungsbeitrags ein. Die Alliierten sollen allerdings bereit sein, die Absetzung des im Annex zum Generalvertrag festgesetzten Beitrags vom europäischen Verteidigungsbeitrag anzuerkennen.

Ein alliierter Sprecher sagte in Bonn, daß bei den Verhandlungen zwischen den drei Westmächten über den deutschen Verteidigungsbeitrag auch die Frazie erörtert werde,

in welcher Form und in welchem Umfang der Bundesrepublik möglicherweise eine eigene Waffenproduktion gestattet werden soll. In alliierten Kreisen weist man in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Rechtswirksamkeit der deutsch-alliierten Verträge von einem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik abhängig sei.

Die amerikanische Regierung prüft übrigens gegenwärtig bereits die verfassungsrechtlichen Konsequenzen, die sich für sie aus der Unterzeichnung des Generalvertrags und der damit verbundenen Abkommen mit der Bundesregierung ergeben werden. Sachverständige sind sich darin einig, daß der Generalvertrag einer Ratifizierung durch die Zweidrittelmehrheit des amerikanischen Vertragsbedarf. Dagegen meint man, daß die Zusatzabkommen nicht vom Senat ratifiziert zu werden brauchen, da es sich dabei formell um vertragliche Abmachungen handelt, die von der Exekutive selbständig eingegangen werden können. Aus politischen Gründen wird es aber vielleicht dann dennoch notwendig sein, auch sie dem Senat vorzulegen. Regierungssachverständige fürchten allerdings, daß das Inkrafttreten der Abkommen auf diese Weise erheblich verzögert werden könnte.

Die ursprünglich auf den 2. Februar anberaumte Konferenz des Atlantikrates wird nach einer offiziellen Verlautbarung nunmehr am 16. Februar in Lissabon beginnen.

Regierungskrise in Italien?

Rom (UP). Innerhalb der italienischen Regierung droht erneut eine Krise auszubrechen, in deren Mittelpunkt Haushaltsminister Pella steht. Es handelt sich dabei um einen Kampf innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei um die Kompetenzen des Haushaltsministers und des Finanzministers Vannoni. De Gasperi hatte seinerzeit das Haushaltsministerium vom Finanzministerium abgetrennt. Diese Maßnahme muß vom Parlament bestätigt werden, worauf Pella erst den Haushaltsvoranschlag vorlegen kann. Der Minister drohte jetzt mit dem Rücktritt, wenn die Gesetzesvorlage über das Haushaltsministerium nicht bestätigt würde. — Der italienische Senat lehnte einstimmig den Rücktritt des Senatspräsidenten Enrico de Nicola ab.

Adenauers schwierigste Klippe

Die Diskussion um den deutschen Wehrbeitrag

Bundestanzler Dr. Adenauer wird in den nächsten Tagen und Wochen den von manchen politischen Kreisen als aussichtslos angesehenen Versuch unternehmen, die sozialdemokratische Opposition für die Politik der Bundesregierung hinsichtlich eines deutschen Wehrbeitrags in der Europa-Armee zu gewinnen. Eine Unterredung mit dem zweiten Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, soll dazu den Auftakt geben.

Wenn sich der Bundestag noch vor Sommer dieses Jahres über die Ratifizierung des geplanten Sechs-Mächte-Vertrags über die westeuropäische Militär-Union schlüssig werden soll, dann stehen der Bundeskanzler und mit ihm seine Regierung bzw. seine Koalitionsparteien vor ihrer bisher schwierigsten Aufgabe: eine breite Mehrheit — und nicht nur ein schüchternes „Ja“ einer knappen Majorität — des Parlaments für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu finden. Verfassungskänder oder nicht verfassungskänder — das ist hier die Frage. Der wachsende Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Behandlung des ganzen Komplexes „Verteidigungsbeitrag“ durch die Bundesregierung mündet in dem Verlangen der SPD, den deutschen Wehrbeitrag nur mit verfassungsändernder Zweidrittelmehrheit des Bundestages beschließen zu lassen.

Der Bundeskanzler ist anderer Ansicht. Er versicherte schon dem CDU-Parteiausschuß am letzten Wochenende, daß ein deutscher Verteidigungsbeitrag keine Verfassungsänderung bedinge. Das Recht, sich zu verteidigen, gehöre zum Wesen eines jeden Staates. Die SPD wird auch dieses Argument zu widerlegen suchen. In den der Sozialdemokratie nahestehenden Blättern Westdeutschlands wird schon seit einiger Zeit darauf hingewiesen, daß eine deutsche Mitwirkung in der Militär-Union überhaupt erst nach Bundestagsneuwahlen zur Debatte stehen sollte. Da der Bundestag zusammen mit dem vorgesehenen Sechs-Mächte-Vertrag, über die Europa-Armee unter deutscher Beteiligung auch die geplanten deutsch-alliierten Verträge zur Ablösung des Besatzungsstatus ratifizieren soll, richtet sich die Kritik der SPD naturgemäß ebenfalls gegen dieses Vertragssystem.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Artikel des liberalen „Manchester Guardian“, in dem folgende Sätze stehen: „Kam jemand hätte vor vier Jahren vorausgesehen können, daß Dr. Adenauer ein großer internationaler Staatsmann und Dr. Schumacher ein beschränkter Nationalist werden würde. Dr. Schumacher befindet sich bei immer schwächerer Gesundheit und wird vielleicht nicht dazu in der Lage sein, parlamentarische Schlachten auszukämpfen. Seine Abwesenheit von Bonn wäre zwar bedauerlich, doch ein Wechsel in der Führung der Sozialdemokratischen Partei würde nur im Interesse der Partei selbst und der Bundesrepublik liegen. Auf diese Weise könnte ein Weg zur überparteilichen Außenpolitik geöffnet werden.“

Würden die Sozialdemokraten diesen Weg einschlagen? Dafür sind zumindest gute Chancen vorhanden. Da sie sich der öffentlichen Meinung anpassen, können die Sozialdemokraten ziemlich sicher sein, daß sie durch allgemeine Wahlen an die Macht gelangen würden. Doch die klugen Leute unter ihnen wissen, daß sie, sobald sie einmal an der Regierung wären, einen Kurs einschlagen müßten, der demjenigen Dr. Adenauers sehr nahe liegt.

Ob Dr. Adenauer andererseits das Wagnis unternimmt, einen Verteidigungsbeitrag auch mit einem schwachen „Ja“ des Bundestages als vom deutschen Volk gebilligt anzusehen, läßt sich noch nicht übersehen. Er hat vor einigen Monaten betont, daß er auf eine „möglichst große Mehrheit“ im Parlament hoffe. Ohne Zweifel würde eine knappe Majorität für die Europa-Armee, die der Kanzler mit den drei Regierungsparteien allerdings erringen könnte, von der Opposition als „Hauptschlag“ für den bevorstehenden Wahlkampf um den neuen Bundestag im nächsten Jahr ausgenutzt werden.

Die Föderalistische Union — die Bundestagsfraktionen des Zentrums und der Bayernpartei — hat von der Bundesregierung inzwischen Auskunft über Grundsätze und Richtlinien verlangt, nach denen gegenwärtig über die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrags und seiner Kosten verhandelt wird. Die SPD hat der Regierung und vor allem der Dienststelle Blank vorgeworfen, daß sie die deutsche Öffentlichkeit mit militärischen Einzelheiten überschwemme und die wesentlich wichtigeren politischen Details unberücksichtigt lasse.

Eine weitere Verstärkung der Fronten würde die kommenden Entscheidungen im Bundestag über diese Frage nicht nur viel dramatischer, sondern auch weit folgenschwieriger als die Auseinandersetzung um den Schumanplan-Vertrag gestalten. Der Bundeskanzler hat sich zwar für eine Gemeinsamkeit von Opposition und Regierung in wichtigen politischen Entscheidungen ausgesprochen, doch wirft ihm die SPD vor, er meine nur eine Gemeinsamkeit auf der Grundlage seiner eigenen Konzeption. Ohne einen Kompromiß und ein Nachgeben auf beiden Seiten aber wird sich

nach Meinung politischer Beobachter in Bonn eine solche Einigung niemals verwirklichen lassen.

Auch der Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, Dr. Heinrich von Brentano, erklärte am Mittwoch vor Pressevertretern, ein deutscher Verteidigungsbeitrag sollte von einer möglichst großen Mehrheit beschlossen werden. Er wandte sich gegen die Anregung, schon jetzt im Bundestag einen besonderen Ausschuss für Wehrfragen ins Leben zu rufen, da damit bereits eine präjudizierende Vorentscheidung getroffen werde.

Moskau soll sich klar äußern
Gross antwortete Wyschinski — Hilfe für Araber-Flüchtlinge

Paris (UP). Zum Vorschlag Wyschinskis bezüglich einer internationalen Kontrolle der Atomwaffen erklärte der US-Delegierte Gross vor dem Politischen Hauptausschuss der UN, die sowjetische Resolution stelle einen Fortschritt dar, falls Wyschinski noch einige unklare Punkte zur Zufriedenheit der Westmächte erklären würde. Allerdings werde der Vorschlag durch die Forderung entwertet, daß es dem Kontrollorgan nicht gestattet sein solle, sich „in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen“.

Den Vorschlag Wyschinskis, die Kämpfe in Korea sofort durch einen Waffenstillstand zu beenden und 90 Tage später sämtliche ausländischen Truppen aus Korea abzuziehen, lehnte Gross mit der Begründung ab, daß die Verhandlungen in Pan Mun Jon durch Erörterungen im Sicherheitsrat nur gestört werden könnten. Die „wenigen Dinge“, die noch zu regeln seien, könnten „schnell erledigt“ werden.

Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Türkei unterbreiteten dem zweiten politischen Ausschuss einen Drei-Jahresplan für die Unterstützung und die Wiederansiedlung der arabischen Flüchtlinge in Palästina. Für die Verwirklichung dieses Programmes sind nach Ansicht der Antragsteller 250 Millionen Dollar erforderlich.

Faure wird Vertrauensfrage stellen

Frankreich nahm Abschied von de Lattre Paris (UP). Der radikalsozialistische Politiker Edgar Faure hat die Einladung Staatspräsident Auriols angenommen, die Nationalversammlung um das Vertrauen zur Neubildung der Regierung zu ersuchen. Faure wird die Vertrauensfrage am Donnerstag stellen und bei einem positiven Ergebnis unverzüglich mit der Zusammenstellung seines Kabinetts beginnen. Der frühere Justizminister entschlöß sich zur Annahme des Auftrags, obwohl er in vierstägigen Besprechungen mit allen Parteien (außer den Kommunisten) keine endgültige Zusage für die Unterstützung der Sozialisten erhalten konnte. Der sozialistische Vorsitzende Guy Mollet behielt sich vor, die Entscheidung seiner Fraktion von der Rede Faures vor der Nationalversammlung und dem Ergebnis der anschließenden Debatte abhängig zu machen. Für das Vertrauen benötigt Faure die absolute Mehrheit der Versammlung, also 313 Stimmen.

Mit einer feierlichen Trauerzeremonie nahm Frankreich von Marschall Jean de Lattre de Tassigny Abschied, der am Freitag nach einer Nierenoperation starb. 250 000 Franzosen umsäumten die Straßen von Notre Dame zum Invalidendom, durch die die Trauerprozession mit dem fahnenbedeckten Sarg des Marschalls auf einer Lafette sich in langsamem Zug bewegte. An der Trauerfeier nahmen die höchsten Würdenträger Frankreichs sowie das diplomatische Korps teil. Auch General Eisenhower befand sich unter den Trauergästen. Bis Donnerstag bleibt der Sarg im Invalidendom aufgebahrt. Darin wird er zur Beerdigung in das Dorf Moulilleron en Pareda in der Vendée überführt.

Den Kameraden zu Tode geprügelt

Marburg (UP). Im Kameradenschinder-Prozess gegen Hans Emil Fricker wurde der Angeklagte durch weitere Zeugenaussagen schwer belastet. Der Schleifer Alex Kleinhaus aus Neuweller (Baden), der seinerzeit kurz vor dem Oberfeldwebel Jakob Heitz durch die Entlassungsbaracke des amerikanischen Lagers Cappel kam, berichtete dem Gericht, daß Oberfeldwebel Heitz später aus der Baracke herausgetorkelt und am nächsten Tage von ihm, Kleinhaus, ins Krankenrevier eingeliefert worden sei. Der Zeuge bestätigte zusammen mit dem ebenfalls als Zeuge vernommenen Landwirt Josef Dold aus Kirchzarten, daß an diesem Nachmittag nur Fricker als einziger Deutscher Dienst in der Baracke getan habe. Er habe auch an diesem Tag mehrere Soldaten vor ihren Augen mißhandelt. Der Assistenzarzt Dr. Detlev Floss, der Malzer Kaufmann Aguntius abgetrennt werden. Die Hauptverhandlung gegen diese drei Angeklagten beginnt nächste Woche in Bonn. Der strafrechtliche Vorwurf gegen Schumacher und Arndt soll sich auf den Tatbestand der „Hehlerlei“ mit dem durch unrichtmäßige Handlung erlangten Papieren beschränken.

In einem dem Bundestag zugeleiteten Antrag fordert die Deutsche Partei gegen den hessischen SPD-Landtagsabgeordneten Furtwängler Strafanzeige wegen Gotteslästerung und Verunglimpfung des Bundestages und des Bundeskanzlers.

Der finnische Ministerpräsident Kekkonen ist an einem Darmleiden erkrankt und muß sich deshalb einer Operation unterziehen.

Die Tschechoslowakei ist aus der Internationalen Kriminalpolizei-Organisation ohne Angabe von Gründen ausgetreten.

Dem früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe überreichte Bundespräsident Heuss in einer kleinen Feier das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik.

Otto Strasser hat beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde eingereicht, in der er sich dagegen wendet, daß das Bundesinnenministerium bis jetzt seinem Antrag auf Wiedereinbürgerung nicht stattgegeben hat.

Truman fordert Hilfe für freie Welt

65 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben - Pressekonferenz bei Acheson

Washington (UP). Präsident Truman forderte vom amerikanischen Kongreß die Fortsetzung der Waffen- und Wirtschaftshilfe für die freie Welt. Er bezeichnete die USA als stärksten Partner des Atlantikpakts, der nicht zuletzt der militärischen Sicherung des atlantischen Raumes diene.

In einem Wirtschaftsbericht für die beiden Häuser des amerikanischen Parlaments betonte Truman die Notwendigkeit, die natürliche Schwäche der Verbündeten der USA nach Möglichkeit auszugleichen. Der Lebensstandard der europäischen Staaten dürfe nicht absinken, nachdem deren Wirtschaft bereits die Grenze ihrer Kapazität erreicht habe. Die durchschnittliche Produktionssteigerung in Europa bezifferte der Präsident auf 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wobei er für die Bundesrepublik eine Steigerung der Erzeugung um 20 Prozent in Rechnung stellte. Trotzdem sei die Außenhandelsbilanz Westeuropas schlechter geworden; insbesondere hätten Großbritannien und Frankreich mit ernststen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Um die Verpflichtungen der USA erfüllen zu können, forderte Truman neue Steuererhöhungen, die einen Mehrertrag von mindestens 5 Milliarden Dollar erbringen sollen. Die Verteidigungsausgaben der USA werden nach seiner Ansicht bis Ende 1952 annähernd 65 Milliarden erreichen gegenüber zur Zeit 45 Milliarden Dollar pro Jahresbudget. Die Gesamtausgaben der US-Regierung im neuen Etatjahr bezifferte Truman auf 85 bis 90 Milliarden Dollar gegenüber bisher 71 Milliarden. Wenn das Steueraufkommen nicht erhöht würde, müsse infolgedessen für 1952 mit einem Defizit von ca. 16 Milliarden Dollar gerechnet werden, während für 1951 ein Fehlbetrag von etwa 8 Milliarden Dollar zu erwarten sei.

Adenauer nicht eingeladen

Außenminister Acheson erklärte auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz, Dr. Adenauer sei nicht formell zu einem Besuch in den USA eingeladen worden. Es sei ihm jedoch bekannt, daß Pläne für den Besuch des Bundeskanzlers vorbereitet würden. Die Besatzungsmächte und die Bundesrepublik hätten in den Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatus große Fortschritte erzielt. Er hoffe, daß die Verhandlungspartner sich in naher Zukunft über die vertraglichen Abkommen einigen würden. Jedoch gäbe es vorher noch einige schwierige Probleme zu lösen.

Churchill in Washington

Premierminister Churchill traf wieder in der amerikanischen Hauptstadt ein, wo er sich sofort in die britische Botschaft begab. Er wird am Donnerstag vor dem US-Kongreß sprechen.

Zwischen Großbritannien und den USA wurde ein Vertrag unterzeichnet, wonach die USA auf zwei kleinen Inseln in der Nähe von Jamaica Beobachtungsposten für das Prüfgelände für ferngelenkte Geschosse errichten können. Beide Länder unterhalten gemeinsam auf den Bahamas ein Übungsgelände zur Erforschung dieser neuen Waffen.

Truman kandidiert

Der demokratische Senator Anderson sagte nach einer Unterredung mit Truman voraus, daß der Präsident von dem demokratischen Nationalkongress mit ziemlicher Bestimmtheit als Präsidentschaftskandidat nominiert werde. Der Senator fügte hinzu, daß Demokraten aus allen Bevölkerungsschichten auf der Nominierung Trumans bestünden.

General Eisenhower wurde jetzt offiziell für die Präsidentschaftswahl im Bundesstaat New Hampshire vorgeschlagen, die am 11. März stattfindet. Eisenhower kann aber trotzdem noch seine Kandidatur zurückziehen.

UN-Kommission darf nicht in Ostzone

Führungnahme Ost-LDP-FDP - Lutherische Bischöfe bei Pieck

Berlin (UP). Der stellvertretende Ministerpräsident der Ostzone, Walter Ulbricht, sagte vor der Presse, die UN-Kommission zur Überprüfung der Wahlvoraussetzungen in Deutschland werde nicht in die Sowjetzone hereingelassen.

Ulbricht wiederholte das Angebot der Pankower Regierung, daß stattdessen west- und ostdeutsche Vertreter in ganz Deutschland die Voraussetzungen für Wahlen zur Nationalversammlung prüfen sollen, wenn sich die Notwendigkeit dazu bei der gesamtdeutschen Beratung ergeben sollte. Den Vorschlag von Bundesminister Jakob Kaiser, schon jetzt die Verhältnisse in der Ostzone durch westdeutsche Beobachter untersuchen zu lassen, wies Ulbricht mit den Worten zurück: „Mit Herrn Kaiser lehne ich jede Unterredung ab“.

Der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei der Ostzone und Minister für Versorgung, Dr. Hamann, ist im Auftrage der Pankower Regierung nach Westdeutschland gereist. Dr. Hamann ist angewiesen, mit westdeutschen FDP-Funktionären Verbindungen zur Vorbereitung gesamtdeutscher Beratungen aufzunehmen. Er soll sich zunächst eine Woche lang in Süddeutschland, dann eine Woche in Norddeutschland aufhalten.

Der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Bischof Dr. Nygren (Schweden) und der leitende Bischof der Vereinigten evangelisch-

lutherischen Kirche Deutschlands, Landesbischof D. Meiser (München) haben den Ostzonen-Präsidenten Wilhelm Pieck in Ostberlin gebeten, Reiseerleichterungen für Teilnehmer der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes vom 25. Juli bis zum 3. August in Hannover zu gewähren und den Lutherischen Tag zu unterstützen, der im Anschluß daran in Berlin abgehalten wird. Laut ADN sagte Pieck eine wohlwollende Behandlung der Anliegen des Lutherischen Weltbundes zu.

Berliner Straßensatz des Bundesgerichts

Der neu eingerichtete Berliner Straßensatz des Bundesgerichtshofes wurde in Anwesenheit von Bundesjustizminister Dr. Dehler und Bundesminister Kaiser eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache sagte Dr. Dehler: „Was uns vom Osten unterscheidet, ist das Recht.“

In einer Pressekonferenz bedauerte Dehler die Konsequenzen, die sich aus dem amerikanischen Verhalten gegenüber dem Fall Kemritz ergeben haben. Auch die Auslieferung von entflohenen Fremdenlegionären an die französische Besatzungsmacht empfand Dehler als schmerzliche Übergriffe. Er teilte mit, die deutsch-amerikanische Kommission zur Prüfung des Kemritz-Falles sei einige Male zusammengekommen, ohne jedoch sehr viele Ergebnisse zeitig zu haben. Von amerikanischer Seite werde das vorgelegte Material als nicht ausreichend bewertet.

Schacht soll in die ägyptische Regierung

Auch deutsche Offiziere werden angeworben - US-Sudan-Kommission unterwegs

Kairo (E.B.). Asmi Bey, ein Sprecher des ägyptischen Außenministeriums, teilte in Paris auf einer Pressekonferenz mit, daß die ägyptische Regierung den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht aufgefordert habe, als Finanzexperte in den Dienst der ägyptischen Regierung zu treten. Die ägyptische Regierung sei daran interessiert, deutsche Sachverständige in ihren Dienst zu nehmen.

Das ägyptische Generalkonsulat in Frankfurt sei beauftragt worden, sich mit Schacht in Verbindung zu setzen. Ferner versuche die ägyptische Regierung, ehemalige deutsche Offiziere als Sachverständige anzuwerben. Sie sei daher mit hohen Offizieren in Verbindung getreten. Die Namen der Offiziere wurden nicht erwähnt. Asmi Bey sagte auch nicht, ob Dr. Schacht zuzustimmen habe.

Die ägyptische Regierung wird, wie Asmi Bey weiter erklärte, jede Intervention anderer Mächte im Suezkanal-Konflikt zu Gunsten Großbritanniens als feindseligen Akt betrachten. Die ägyptische Regierung werde den Regierungen Norwegens, Frankreichs, der USA und Hollands Noten zugehen lassen, daß jede Einmischung in der Suezkanalzone als flagrante Verletzung des Suezkanal-Abkommens aus dem Jahre 1888 betrachtet werde. Sollten diese Staaten Kriegsschiffe in die Kanalzone entsenden, werde die ägyptische Regierung den Sicherheitsrat der UN anrufen, damit es gegen diesen Akt der Aggression geschützt werde. Großbritannien hatte die USA, Frankreich, Norwegen und Holland inoffiziell ersucht, an der Kontrolle des Schiffsverkehrs durch den Suezkanal mitzuwirken.

Wie aus Kairo verlautet, haben die USA dem britischen Außenminister Eden bei den Besprechungen im State Department nahegelegt, König Faruk als König des Sudan anzuerkennen, um damit eine Revision der ägyptischen Haltung gegenüber der Frage des Nahost-Oberkommandos zu erreichen.

Eden hat dessen Vorschlag jedoch scharf und energisch abgelehnt.

Ferner ist bekannt geworden, daß zwei Mitglieder der USA-Botschaft in Kairo überraschend eine Inspektionsreise nach dem Sudan unternommen haben, um die Möglichkeit einer Lösung des Sudan-Problems an Ort und Stelle zu prüfen. In politischen Kreisen Kairo ist man der Meinung, daß die Sudanesen versuchen, mit Unterstützung der Amerikaner ihre Selbständigkeit ohne Anlehnung an Ägypten oder England zu erreichen. Von britischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die USA gleichzeitig auf Sonderverhandlungen mit König Faruk eingeleitet haben.

Ein großes Aufgebot britischer Truppen, unterstützt von Panzern, Panzerspähwagen und Düsenjägern riegelte das Gebiet um die ägyptischen Widerstandsnester in Tel el Kebr ab und nahm eine Durchsuchung sämtlicher Häuser vor. Bei dem Dorf el Hammadda streckten nach kurzem Feuerwechsel 100 ägyptische Polizisten die Waffen. Sie wurden festgenommen. Unter den Verhafteten befand sich der Generalinspekteur der Polizei von Kairo, der behauptete, sich auf einer Inspektionsreise befinden zu haben. Fast 200 Gewehre, Karabiner, Maschinenpistolen und eine große Menge Munition sind sichergestellt worden. Bei der Durchsuchung der Häuser wurden nach britischen Meldungen fünf Ägypter getötet und ein englischer Soldat verwundet.

Britischer Protest in Teheran

Großbritannien protestierte in Teheran gegen die von der iranischen Regierung verfügte Schließung der britischen Konsulate im Iran. In der Protestnote widerspricht die britische Regierung der iranischen Beschuldigung, sie habe sich in die inneren Angelegenheiten des Iran eingemischt. Die Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Konsequenzen trage die iranische Regierung, der gegenüber Großbritannien sich alle weiteren Rechte vorbehalte.

Ägypten hat einen Thronfolger

Freudiges Ereignis im Hause Faruk

Kairo (UP). Königin Narriman von Ägypten brachte am Mittwoch früh einen Knaben zur Welt. Der Thronfolger wird nach amtlicher Mitteilung den Namen Ahmed Fuad — nach seinem Großvater — und den Titel „Prinz von Said“ erhalten. Die Königin und ihr Kind befinden sich wohl auf.

Bis jetzt war Prinz Mohammed Ali, ein 77-jähriger Vetter König Faruks, der präsumptive Thronfolger. In erster Ehe war der jetzt 32-jährige König Faruk mit Königin Farida verheiratet, von der er 1948 geschieden wurde, nachdem sie ihm drei Töchter geboren hatte. Am 6. Mai 1951 heiratete er die 18-jährige Königin Narriman, die Tochter eines hohen ägyptischen Beamten.

Die Geburt eines Thronfolgers wird von weiten Kreisen des ägyptischen Volkes als ein gutes Omen für die Zukunft des Landes betrachtet. Tausende von Arbeitern, die im Laufe des Tages vor dem königlichen Palast demonstrierten, um ihrer Freude über die Nachricht von der Geburt des Thronfolgers Ausdruck zu verleihen, riefen immer wieder in Sprechchören: „Kronprinz, in deiner Hand wird der Sieg liegen“. Ministerpräsident Nuh Pascha, der dem Kabinett in einer Sonder Sitzung von diesem Ereignis Mitteilung machte, hatte vor König Faruk erklärt: „Tränen der Freude füllen meine Augen und ich bin kaum in der Lage, meiner Freude in Worten Ausdruck zu verleihen. Möge Gott mit Ihnen sein und dem Kronprinzen ein langes Leben sowie der Königin beste Gesundheit beschere“. Dr. Ibrahim Magdy, dem Geburtshelfer der Königin, wurde der Titel eines Pascha verliehen, während sein Assistent Dr. Abd el Halim Rateb mit dem Titel Bey geehrt wurde.

Rot-Kreuz-Delegation in Pan Mun Jon

Ridgway zur Gefangenen-Bombardierung

Seoul (UP). In Pan Mun Jon erschienen unerwartet zwei Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes, die schweizerischen Staatsangehörigen Dr. Otto Lehner und Albert Decotrix. Sie erklärten, daß sie mit den kommunistischen Delegierten zusammentreffen wollten, um nach Nordkorea einzureisen und dem Ministerpräsidenten Kim Il Sung persönlich ein Schreiben des Roten Kreuzes zu überreichen. Die Kommunisten lehnten jede Verhandlung mit den Vertretern des Roten Kreuzes ab und fragten die Vertreter der UN, was die Rote-Kreuz-Delegierten in der neutralen Verhandlungszone zu suchen hätten. Dr. Lehner lehnte Auskünfte über den Inhalt des Schreibens ab, das er Kim Il Sung übergeben wollte.

Die Untersuchungsausschüsse bei den Waffenstillstandsverhandlungen konnten wiederum keine Fortschritte erzielen. Zu den kommunistischen Beschuldigungen, daß UN-Flugzeuge ein Kriegsgefangenenlager bei Pnyongyang bombardiert hätten, wobei 200 UN-Gefangene getötet worden seien, nahm das Hauptquartier General Ridgways jetzt Stellung. In einer Regierungsverklärung wurde bekanntgegeben, daß Flugzeuge der UN das Gebiet von Kangdong in Nordkorea überflogen hätten. Es sei aber unmöglich festzustellen, ob dabei ein dort befindliches Lager mit alliierten Kriegsgefangenen bombardiert worden sei. In der gleichen Erklärung wirft das Hauptquartier Ridgways den Kommunisten vor, gegen die Genfer Konvention verstoßen zu haben, wonach Kriegsgefangenenlager nicht im Kampfgebiet angelegt werden dürfen.

Klage gegen Schumacher und Arndt

Strafverfolgung Furtwänglers beantragt

Bonn (UP). Dem Bundestag ist vom Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen das Ersuchen zugegangen, die Immunität der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Kurt Schumacher und Dr. Adolf Arndt aufzuheben. Der Grund dieses Antrags ist, daß die Oberstaatsanwaltschaft Bonn gegen Schumacher und Arndt in Zusammenhang mit der sogenannten Dokumentendiebstahl-Affäre Anklage zu erheben beabsichtigt. Das Verfahren gegen sie soll jedoch von dem Hauptverfahren gegen den ehemaligen Amtgehilfen Kaiser, den Beueler SPD-Funktionär Siegel und den Oberfeldwebel am Nachmittag des 8. Dezember 1951 in die Marburger Universitätsklinik aufgenommen haben, sagte aus, daß Heitz infolge eines Schlagens einen vegetativen Schock erlitten hätte und in sehr schwachem Zustand in die Klinik eingeliefert worden sei. Er sei dann am nächsten Morgen an den Folgen der erlittenen Mißhandlung in der Klinik gestorben. Fricker leugnete bis jetzt hartnäckig.

Legationsrat wegen Mordes angeklagt

Bonn (UP). Gegen den vor etwa einem Jahr in Bonn inhaftierten ehemaligen Legationsrat des Auswärtigen Amtes, Dr. Franz Rademacher, ist Anklage wegen eines fortgesetzten gemeinschaftlich begangenen Verbrechens des Mordes erhoben worden. Diese Mitteilung machte der Delegierte des „Bundes der Verfolgten des Naziregimes“ (BVN) bei den Bundesbehörden in Bad Godesberg, Dr. Dr. Rademacher befindet sich gegenwärtig als Häftling in Nürnberg, wo der Prozeß für den 4. Februar anberaumt wurde. Bei der Straftat handelt es sich um die Erschießung von etwa 1500 serbischen Juden im Jahre 1941, für die Rademacher als „Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes zur Lösung der Judenfrage in Jugoslawien“ mitverantwortlich gewesen sein soll.

Bundestagsabgeordneter verschwunden

München (UP). Der Bundestagsabgeordnete der Bayernpartei, Ludwig Volkholz, dem nach Aufhebung seiner Immunität durch den bayerischen Landtag jetzt die Verhaftung drohte, ist seit Tagen spurlos verschwunden. Volkholz, der im Landkreis Kötzing im Bayerischen Wald lebt, soll seinen Wohnsitz am vergangenen Wochenende verlassen haben, um nach Bonn zu reisen. Man vermutet, daß Volkholz versuchen wird, ins Ausland zu gelangen. Volkholz werden elf Vergehen, unter anderem Nötigung, Verleumdung, Unterschlagung und Verletzung zum Meineid vorgeworfen.

Aus der Stadt Ettlingen

Wohnungssuchende und Baubewerber haben die Möglichkeit, ihre Wünsche erfüllt zu sehen. Die „Neue Baugesellschaft Ettlingen“ steht heute abend wieder, wie an jedem Donnerstag, in der Zeit zwischen 19 und 21 Uhr zur Beratung von Baulustigen und Wohnungssuchenden zur Verfügung.

Wer sah das Zeit?

Aus einem Grundstück am „Schinderweg“ zwischen Schleinkofer- und Rastatter Straße wurde ein 4 Meter hohes und breites, aus US-Beständen stammendes Zeit fortgeschafft. Dies geschah so fachmännisch, daß es sich um mehrere geübte Täter handeln muß.

Jugendliche Metalldiebe

wurden von der Kriminalpolizei festgestellt und zur Anzeige gebracht. Sie hatten aus Gärten an den Hängen des Wattbergs alle möglichen Metallgegenstände entwendet und an einen auswärtigen Altmittelhändler verkauft.

Die nächste Vorstellung der Volksbühne

findet am 4. Februar mit „Maske in Blau“ statt. Karten sind ab 30. Januar bei Zigarrenhaus Bekir erhältlich.

Die EZ gratuliert

Frau Luise Moßgraber, geb. 18.1.1869 in Gondelsheim, wohnhaft Badentorstr. 2, vollendet am 18. Jan. ihr 83. Lebensjahr.

Aus den Albgau-Gemeinden

Bruchhausen berichtet

Bruchhausen. Am Samstag fand im Hirsch die Generalversammlung des Gesangsvereins „Edelweiß“ statt. Nach dem sehr aufschlußreichen Geschäftsbericht wurde der Kassenbericht bekanntgegeben; beide Berichte zeugten von guter Vereinsführung, worauf Ehrenmitglied und Bürgermeister Speck die Entlastungsfrage stellte, die einstimmig bejaht wurde.

Bruchhausen. Am Freitag fand eine öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Als 1. Punkt wurde ein Gesuch der Karlsruher Bauunternehmung Köhler behandelt. Diese Firma wünscht den außer Betrieb befindlichen gemeindeeigenen Steinbruch zu pachten und auszuwerten.

Ettlingenweier

Ettlingenweier. Die Spritzung der Obstbäume zur Bekämpfung der San-José-Schildlaus hat begonnen. Die Baumbesitzer werden noch einmal aufgefordert, die Ausattung ihrer Obstbäume umgehend vorzunehmen.

Die Abräumung eines Teils des alten Friedhofs wird im Lauf dieses Monats durchgeführt. Ansprüche auf Grabdenkmäler und Grabeneinfassungen können noch bis zum 18. Jan. gegen Vorlage des Eigentumsnachweises auf dem Rathaus geltend gemacht werden.

Die Anmeldefrist für heimatsvertriebene Landwirte zur Auswanderung nach den USA wurde bis zum 5. Februar verlängert.

Die erste öffentliche Karnevalsitzung der hiesigen Karnevalsgesellschaft findet am Sonntag, 20. Jan., abends 19.33 Uhr im Gasthaus zum „Lamm“ statt. Zweck der Veranstaltung ist die Besprechung und Beratung über die Ausgestaltung des für Faschnachtsamstag vorgesehenen Faschnachtszugs.

Die Meinung des Lesers:

Zur Mietpreisfrage

Zu dem Artikel in der Ettlinger Zeitung vom 15. Januar sei vom Standpunkt eines Mieters folgendes festgestellt:

1. Es gibt keinen Zweifel, daß die Belastungen der Hausbesitzer durch steuerliche Maßnahmen enorm gestiegen sind.

2. Die Mieter sind indessen nicht da, um dem Hausbesitzer seine Substanz zu erhalten, zu verbessern und somit den Gebrauchswert zu erhöhen und zu finanzieren.

3. Von jeher galten 15% des realen Einkommens als ausreichend für die Miete. Ein großer Teil oder der größte Teil der Hausbesitzer sind Geschäftsleute, die heute, gemessen nach dem Lebensindex, erhöhte Geschäftseinnahmen haben.

4. Ein großer Teil der Hausbesitzer hat in der Vergangenheit in der Frage der Instandsetzungskosten für nötige Reparaturen in den Wohnungen kein Verständnis gehabt. Dem Schreiber sind Fälle bekannt, wo Hausbesitzer, obwohl sie in etwa 10-15 Jahren von den Mietern ungefähr 20.000 DM an Miete einnahmen, auch nicht einen Pfennig für Verbesserungen in den Wohnungen ausgaben.

5. Der allergrößte Teil der Mieter ist auf Grund der teuren Lebensverhältnisse kaum in der Lage, erhöhte Mieten zu entrichten. Bundestag und Gewerkschaften reden hier hoffentlich noch ein gewichtiges Wortlein mit.

Bl.

5,25 Millionen Wohnungen im Bundesgebiet

Bei der Wohnungszählung im Bundesgebiet vom 13. September 1950 wurden insgesamt 5,25 Millionen Normalwohnungen, 240.000 Notwohngebäude und 3,3 Millionen Nichtwohngebäude erfasst. Unter den letzteren befinden sich 220.000 Gebäude, die auch Wohnungen enthalten.

Gehälter der Bankangestellten erhöht

Die Gehälter der privaten Bankangestellten im Bundesgebiet werden rückwirkend ab 1. Januar 1952 um 10 Prozent erhöht. Ein entsprechender Tarifvertrag ist zwischen der Bundesvereinigung der Bankenverbände und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft für das private Bankgewerbe abgeschlossen worden.

14,6 Millionen Beschäftigte Ultimo 1951

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums stiegen im Jahresende in der Bundesrepublik 14.620.013 Menschen in Arbeit. Im Vergleich zum 30. September 1951 mit rund 14.835.000 ergibt sich eine Minderung um 203.000 Arbeitskräfte. Eine Gegenüberstellung der Zahlen Ende 1950 gegenüber Ende 1951 bestätigt jedoch eine ansteigende Entwicklung des Beschäftigtenstandes um rund 420.000.

„Rote Signale“ ist ein nicht alltäglicher Film, der das erschütternde Schicksal eines Arztes schildert. Es gehört schon eine ziemliche Portion Mut dazu, dieses Thema zu verfilmen. Der Erfolg des Filmes beweist jedoch, daß man mit großem Geschick verfahren ist und aus diesem verzweifelten Ringen eines gefährdeten Menschen einen überzeugenden Film geschaffen hat.

Bereins-Nachrichten

Nachwuchskurs der Mandolinabteilung

Die Mandolinabteilung der Kolpingsfamilie beabsichtigt im kommenden Monat einen neuen Nachwuchskurs ins Leben zu rufen. Interessenten, die das Mandolin- und Gitarrenspiel erlernen wollen, können sich täglich ab 18 Uhr bei Abteilungsleiter Karl Baader jr., Schüllerschule, anmelden.

„Arbeitergesangsverein „Eintracht“

Die Singstunde heute abend fällt nochmals aus technischen Gründen aus. Die nächste Singstunde findet also erstmals wieder am 24. Januar, 20 Uhr, in der „Krone“ statt.

Die „große Fußballwäsche“!

Wenn am Samstagabend die Stadthalle für die großen Maskentreiben der Faschnachtszeit 1952 ihre Tore öffnet, dann zieht Fußball-Ettlingen zu seinem Blau-Weiß-Ball ein. Die Fußballer haben es bis jetzt immer verstanden, ihren Veranstaltungen ein besonderes Gepräge zu geben. Es wird nicht nur getanzt, sondern auch die Geselligkeit und der frohe Humor kommen zu ihrem Recht.

Die Überraschungen für Stimmung und Humor liegen bereit und lassen einen genussreichen Abend für alt und jung erwarten. Der Musikverein spielt zum Tanz auf und bringt Schwung; gesungen werden die neuesten Faschnachtslieder, für Unterhaltung ist also gesorgt.

Der Vorverkauf hat eingesetzt: Die Buchhandlungen Lechner, Leopoldstraße und Markusch, Kronenstraße sowie das Vereinslokal „Badischer Hof“ werden alle bedienen. Mitglieder erhalten eine Karte zu einer Mark, sonst allgemein 1,50 DM.

Darum rein ins Vergnügen mit dem närrischen Wahlspruch: „Trübsal tu den Rücken kehren Laß durch Narrheit Dich betören“

Jahresberichte der Busenbacher Vereine

Busenbach. Am Samstagabend hatte der Gesangsverein „Freundschaft“ seine Mitglieder und Sangesfreunde zur Generalversammlung in den „Adler“ eingeladen. Nach einem Lied des Chores und einer kurzen Totenehrung gab der 2. Vorstand Alois Becker einen umfassenden Tätigkeitsbericht, in dem die kulturelle Arbeit des Vereins durch die Pflege des deutschen Liedes deutlich zum Ausdruck kam.

Freiw. Feuerwehr mit dem alten Kommando Lorenz Steppe und Alois Bauer III sowie ihren bisherigen Mitarbeitern die bisher bewährten Kräfte zur Verfügung. Nach längerer Pause trat am Sonntagabend die Kolpingsfamilie mit einem Schauspiel „Der Glockenguß zu Breslau“ oder die „Armenünderglocke im Magdalenturm“, vor die Öffentlichkeit.

Freiw. Feuerwehr mit dem alten Kommando Lorenz Steppe und Alois Bauer III sowie ihren bisherigen Mitarbeitern die bisher bewährten Kräfte zur Verfügung.

Nach längerer Pause trat am Sonntagabend die Kolpingsfamilie mit einem Schauspiel „Der Glockenguß zu Breslau“ oder die „Armenünderglocke im Magdalenturm“, vor die Öffentlichkeit. Dieses Drama, das die menschlichen Charaktereigenschaften in allen ihren Schattierungen zeigt, hat einen Glockenguß zum Inhalt. Dieses Stück, das an Wucht und Dramatik die bisher gezeigten weit übertrifft, spielt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in der niederschlesischen Metropole.

Durch Obstbau zum Wohlstand

Lehrvortrag und Generalversammlung des Obstbauvereins Sulzbach

Am Sonntag, 13. Jan., fand im Gasthaus zum „Grünen Baum“ der angekündigte Lehrvortrag von Obstbauinspektor Groß von Augustenberg statt. In flüssigen, unterhaltenden Worten gab der Redner vor allem eine durch Lichtbilder veranschaulichte Gegenüberstellung von „gut“ und „schlecht“.

Nach Verlesung der Tagesordnung erstattete Vorstand Baumgärtner den Geschäftsbericht und überließ anschließend dem Kassier des Vereins zur Abgabe des Kassenberichts das Wort, welcher Aufgabe sich dieser in einmaliger Kürze entledigte.

Schauspiel mit herzlichem Beifall quittiert wurden.

Ein Drittel aller Kriegsrenten wird zu Unrecht bezogen! Gegen diese die Kriegsoffer beleidigenden Äußerungen von Bundesjustizminister Dehler wird die Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in einer am Freitagabend stattfindenden Protestversammlung im „Adler“ Stellung nehmen.

Geburtstag feierte am Montag, 14. Jan., Helena Egenberger ihren 71. und am Donnerstag, 17. Jan., feiert Anna Keller ihren 85. Wir gratulieren.

Reichenbach

Reichenbach. Am Dreikönigs Sonntag hielt die Ortsgruppe im vollbesetzten Kronensaal ihre erste Weihnachtsfeier ab. Vorsitzender Anderer begrüßte die Anwesenden, wobei auch jene nicht vergessen wurde, die uns fern von der Heimat geblieben sind.

Das Theaterstück sowie das Lustspiel „Der Kuhhandel“ werden auf vielseitigen Wunsch am Sonntag, 20. Januar, abends 19 Uhr, wiederholt. Hierzu sind alle Freunde und Gönner unserer Gemeinde sowie der Nachbargemeinden eingeladen.

Vertrauen aussprach, treten als weitere Funktionäre die Mitglieder Otto Gingelmeier und Wittig und als Besitzer die Mitglieder Müller und Rubel. Der Punkt „Verschiedenes“ bestand in der auszugewiesenen Verlesung einiger einschlägiger Verordnungen und Hinweise.

Mit einem Aufruf an die Mitglieder zur aktiven Mitarbeit schloß Vorstand Baumgärtner die zufriedenstellend besuchte Versammlung.

Sport-Nachrichten der EZ

3000 DM Baugeld fließen nach Ettlingen. Im 23. Toto des West-Süd-Blocks fließen bei der Baugeldauschüttung 3000 DM an einen Ettlinger Tipper.

Berichtigung

Bei den von uns veröffentlichten Toto-Ergebnissen vom letzten Sonntag muß es unter 4. richtig heißen: Alemannia Aachen - Preußen Dellbrück 1:1. richtiger Tip 1.

Reichenbach

Sport. Unsere Fußballer treten am Sonntag mit der 1. und 2. Mannschaft zum fälligen Rückspiel in Pfaffenrot an. Wenn die Fußballer ihre Erfolgserie fortsetzen wollen, muß in Pfaffenrot mit aller Energie gekämpft werden. Hoffen wir das Beste. Abfahrt mit Omnibus 12 Uhr „Sonne“

Neuer Hüttenverein gegründet Aus Teilen des ehemaligen Klöckner-Komplexes

Als erste der fünf innerhalb der Neuordnung der westdeutschen Montanindustrie vorgesehenen Kohle-Eisen-Verbundgesellschaften ist die „Nordwestdeutsche Hüttenverein A.G.“ mit dem Sitz in Duisburg gegründet worden. Sie umfasst von den aus den ehemaligen Klöcknerwerken hervorgegangenen selbstständigen Unternehmen die beiden eisen- und stahlerzeugenden Werke „Georg-Marien-Werke A.G.“, Osnabrück, die „Stahlwerke Haspe A.G.“, Hagen-Haspe, sowie die weiterverarbeitenden Betriebe „Mannstädter Werke GmbH.“, Troisdorf, und „Düsseldorfer Drahtindustrie GmbH.“, Düsseldorf, ferner die „Bergwerke Viktor-Löckner A.G.“, Castrop-Rauxel. Die Gesamtbelegschaft beläuft sich auf rd. 29.000 Arbeiter und Angestellte. Die Kohlenförderung betrug im letzten Jahr 2,2 Millionen Tonnen, die Rohstahlkapazität liegt bei 1,2 Millionen Tonnen.

Kann der Sterlingblock gerettet werden?

Die Finanzminister der neun Commonwealth-Staaten sind in London zu einer Konferenz zusammengetreten, auf der das Problem, wie der Sterlingblock in Anbetracht der immer größer werdenden Kursdifferenz zum US-Dollar zusammengehalten werden kann, gelöst werden soll. Den Vorsitz führt der britische Schatzkanzler Butler, der bereits gesagt hat, der Sterlingblock werde gegenwärtig vom Bankrott bedroht. Die Staaten des Sterlingblocks verfügen zur Zeit nur noch über Reserven in Höhe von 2,3 Milliarden Dollar. In den letzten sechs Monaten sei Gold im Werte von 1,5 Milliarden Dollar abgefließen. In untrübten Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß nur noch eine Maßnahme den Sterlingblock retten könne: die drastische Einschränkung der Importe durch alle Mitgliedstaaten. Es erscheint jedoch bis jetzt unsicher, ob sich überhaupt alle Commonwealth-Staaten hierzu entschließen können. Neben den neun Mitgliedern des Commonwealth: Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Pakistan, Ceylon und Südrhodesien gehören auch noch andere Staaten dem Sterlingblock an.

Bücher und Zeitschriften

Neuer Steuerkalender 1952

mit Buchungstabellen und Buchungshinweisen. Wilhelm Stoll Verlag Bonn. DM 1,20
Dieser handliche Steuerkalender, der in übersichtlicher Anordnung durch ein Jahr hindurch ein klares Bild über den Stand der jeweiligen Steuerbearbeitungen und die Zahltermine für alle Steuerarten bietet, schließt jeden Benutzer vor unangenehmen Überraschungen und allen Verspätungsfällen. Er wird wie in den Vorjahren wieder vielen Steuerzahlern das Leben erleichtern.

Rheinwasserstand am 16. I.: Konstanz 283 (-1)
Rheinfelden - (-) Bregenz 172 (-4)
Straßburg 275 (-13) Maxau 486 (-24)
Mannheim 375 (-45) Caub 348 (-44)

Wettervorhersage

Wechselnd, meist aber starke Bewölkung mit einzelnen schauerartigen Niederschlägen, auch in der Ebene später zum Teil mit Schnee oder Graupeln vermisch. Höchsttemperaturen vier bis sieben Grad, Tiefsttemperaturen um null Grad. In höheren Lagen allmählich Übergang zu leichtem Frost.

Barometerstand: Veränderlich.
Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +6°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb-
gau. Verantwortlicher Herausgeber:
A. Graf. — Druck und Anzeigen-
annahme: A. Graf, Ettlingen, Schöll-
bronner Straße 5, Telefon 187.

Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-
Kraus oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

Entwurf für Ueberleitungsgesetz

Einsetzung von Landeskommissaren in den Landesbezirken

Tübingen (sw). Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Müller, teilte vor Pressevertretern mit, daß er dem Ministerrat des neuen südwestdeutschen Bundeslandes den Entwurf für ein Ueberleitungsgesetz vorlegen werde. Das Ueberleitungsgesetz, das bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung gültig sein werde, sei zunächst wichtiger als die Verfassung selbst. So müsse das Ueberleitungsgesetz die Termine für die Auflösung der bisherigen Landtage und Regierungen der drei südwestdeutschen Länder enthalten, ferner die Bestimmung, daß die Verfassungsgebende Versammlung auch die Funktionen des ersten Landtags wahrnehme, sowie Bestimmungen über die Zusammensetzung der Regierung und den Namen des neuen Landes.

Staatspräsident Dr. Müller schlug vor, für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der Verfassung oder bis zum Erlass eines Landesverwaltungsgesetzes die bisherigen Landesministerien mit einem von der Zentralregierung ernannten Landeskommissar an der Spitze als Landesbezirksverwaltungen ein-

zusetzen. Diese Regelung nehme keine Entscheidung über die endgültige Zahl der Landesbezirke, den Sitz ihrer Verwaltung und ihre Zuständigkeit vorweg.

Ferner schlug Dr. Müller vor, zwischen der Regierung des neuen Bundeslandes und den Gemeinden und Kreisen Mittelinstanzen zu schaffen, die den verschiedenen gelagerten Verhältnissen in den einzelnen Landesbezirken am besten Rechnung tragen könnten. Man solle die Interessen der einzelnen Landesteile wahren, doch habe die Dezentralisation ihre Grenzen dort, wo man versuche, die Einheit des Landes zu torpedieren.

Zur Verwaltungsreform sagte Dr. Müller, daß schon in der Ueberleitungszeit etwa ein Drittel des gesamten Personalbestandes der zentralen Behörden entlassen werden könne. Man werde dabei auf jeden Fall die rechtlichen Bestimmungen einhalten. Einen Teil der Entlassenen werde voraussichtlich der Bund übernehmen, ein Teil der Beamten werde in den Wartestand versetzt. Der endgültige Umfang der Personaleinsparungen werde sich erst nach Jahren zeigen.

Mannheim - Stadt eines tragischen Rekords

Kinderreicher Vater rief in Todesangst nach seiner Frau

In der Stadt der Quadrate ist's gegenwärtig ziemlich maulmig. Die „Mannemer“ sind regelrecht wütend. Voller Empörung und Aufregung, die sich in wortreichen und nicht gerade sehr sanften Temperamentsausbrüchen Luft macht, diskutiert man auf allen Plätzen und Straßen den jüngsten Mord an einem Taxi-Chauffeur. 45 Jahre war der Mann, verheiratet. Neben seiner Frau warten nun fünf Kinder vergeblich auf das Heimkommen des Vaters. Seit knapp einer Woche erst fuhr er eine Taxi-Droschke. Einen Volkswagen. Seine letzten nachweisbaren Fahrgäste waren drei farbige Besatzungssoldaten. Von ihnen fehlt bisher jede Spur. Trotz intensiver Fahndungsarbeit der deutschen und der amerikanischen Polizei. Die Ermittlungen nach dem oder den Mördern setzte einen bereits fein eingespielten, präzise arbeitenden Apparat von Arns wegen in Gang. Dazu auch einen vierbeinigen Helfer. Als Spürsücher. „Asta“ hat sich bereits vielfach in ähnlichen oder gleichen Fällen in hervorragender Weise bewährt. Wenn sich die Merkmale allerdings in Matsch und Wasser — wie in diesem Fall im Rheinstrom selbst — verlieren, steht er schweißwedelnd und wütend bellend vor dem natürlichen Ende seiner „kriminalistischen Laufbahn“. Vorübergehend wenigstens.

Nachts gegen 1.30 Uhr sah ein Arzt in seiner Straße beim Heimweg einen deutschen Volkswagen mit brennenden Scheinwerfern am Bordstein stehen. Es schien alles in Ordnung. Er schöpfte keinerlei Argwohn. Erst später bei seinen Angehörigen oben in der Wohnung kam ihm jedoch die Geschichte nicht ganz geheuer vor. Er sprang die Treppen hinunter, näherte sich dem noch immer an der gleichen Stelle parkenden Wagen, riß die Tür auf und — prallte entsetzt zurück. Ob des Bildes, das sich ihm bot, packte ihn das Grauen. Ein Mann, allem Anschein nach der Fahrer des Taxi, lag mit dem Kopf — blutüberströmt — auf dem Rücksitz, die Beine hingen über die Vordersitze in Fahrtrichtung.

Der Fahrzeuglenker war tot. Daran war nicht zu zweifeln. Ermordet, erschlagen, ausgeplündert...

Diese Feststellungen mußten auch die alarmierten Angehörigen der zuständigen Polizei- und Staatsanwaltschaftsdienststellen machen. Mord, vorätzlicher Mord mit Raub, lautete das Delikt, begangen ungefähr eine Stunde vor Entdeckung des Toten durch den Mannheimer Arzt.

Auf dem Polizeipräsidium herrscht Hochbetrieb. Bereits Hunderte von Vernehmungen wurden durchgeführt. Auch einige Verhaftungen vorläufiger Natur vorgenommen. Am Dienstagvormittag wollten Gerichte wissen, daß man die Täter bereits geschnappt habe. Leider bewahrheiten sie sich nicht. Nach wie vor ist die Polizei auf die Mitwirkung der Bevölkerung mit angewiesen. Auch die kleinsten Details können zur Überführung der Mordtäter führen.

Die Tat läßt sich nur an Hand von gewonnenen Eindrücken rekonstruieren. Seine letzten Fahrgäste müssen den Fahrer — Emil Bauer — von hinten überfallen, gewürgt und schließlich mit einem schweren, stumpfen Gegenstand erschlagen haben. Als Beute fielen ihnen ganze 100 DM und eine alte braune Brieftasche in die Hände. Noch im Sterben rief Bauer, wie nichtsahnende Zeugen sich später erinnerten, leise wimmernd den Vornamen seiner Frau. Passanten wollen es deutlich gehört, aber an eine Unterhaltung von Fahrgästen im Innern des dunklen Wagenfonds gedacht haben.

Im Kriege erlebte die Großstadt an Rhein und Neckar die meisten Fliegeralarme, heute steht sie in dem Ruf, die Rekordziffer in der Überfallstatistik auf Taxi-Chauffeur in der ganzen Bundesrepublik zu halten. Nur München dürfte hier noch „konkurrenzfähig“ sein. Wann, so fragt die deutsche Bevölkerung beunruhigt und verbittert, werden diese furchtbaren Vorgänge wieder aufhören? W.M.

VOM TAGE

Karel Kreibich, der tschechoslowakische Botschafter in Moskau, ist von seinem Posten abberufen worden. Kreibich war ein Freund des jetzt verhafteten Rudolf Slansky.

Die Bewegungsfreiheit der Diplomaten innerhalb des Moskauer Verwaltungsdistriktes ist mit sofortiger Wirkung auf einen Radius von 40 km beschränkt worden. Weiter ist den Diplomaten untersagt worden, gewisse „Sperrbezirke“ zu betreten.

Die israelische Regierung wurde vom Parlament ermächtigt, auf der Grundlage des Vorschlages der deutschen Bundesregierung in Verhandlungen über die israelischen Entschädigungsansprüche zu treten.

Die Militärdienstpflicht in Dänemark wurde auf Grund der Empfehlungen des Atlantikpaktrats auf 18 Monate ausgedehnt. Außerdem wurde eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben von 2,22 auf 2,65 Milliarden Kronen beschlossen.

Japan wird Rot-China nicht anerkennen, wie der japanische Premier Yoshida den USA gegenüber versicherte. Dagegen hofft Japan, mit Nationalchina einen gegenseitigen Friedensvertrag abzuschließen.

Die Wintersportler der Ostzone werden der Einladung zur VIII. Internationalen Wintersportwoche in Garmisch-Partenkirchen nicht Folge leisten, wie sie jetzt in einem Brief an das Sportkomitee Garmisch bekanntgaben.

Bei einem Aufstand in Budapest Fabriken sollen nach einer Meldung aus Jugoslawien mehrere hundert ungarische Arbeiter verhaftet worden sein.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos wird am 15. Februar Italien einen offiziellen Besuch abstatten.

Der bayerische Landtag hob die Immunität des Bayernpartei-Abgeordneten Volkholz auf, dem Verleumdung zum Meißel, üble Nachrede, Untreue, Unterschlagung und Nötigung vorgeworfen werden.

König Talal von Transjordanien traf in Italien ein. Er wird einige Tage in Rom als Gast des Staatspräsidenten Einaudi weilen und am Freitag vom Papst in Audienz empfangen.

Das US-Repräsentantenhaus genehmigte eine zehnprozentige Solderhöhung für alle Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte.

Kapitän Carlsen ist von London nach New York geflogen. Ihm wird neuerdings vorgeworfen, er habe nach der Havarie der „Flying Enterprise“ nicht früh genug Notrufe ausgesandt.

Bundespräsident Heuss hat den zur Zeit in Bonn weilenden holländischen Wirtschaftsminister van der Brink empfangen.

Paul Porter, der bisherige geschäftsführende Bevollmächtigte der US-Verwaltung für gegenseitige Sicherheit, wurde zum Europa-Direktor dieser Verwaltung mit Sitz in Paris ernannt.

Der Außenpolitische Ausschuß des US-Repräsentantenhauses sprach sich einmütig für die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in den Atlantikpakt aus.

Die Kriegsschiffe der US-Marine, die acht spanischen Häfen einen sechsstägigen Freundschaftsbesuch abgestattet haben, sind wieder in See gegangen.

Generalmusikdirektor Szenkar in Madrid Generalmusikdirektor Professor Eugen Szenkar ist nach Madrid abgereist, um das Nationalorchester Madrid in einer Reihe von Konzerten zu dirigieren. Professor Szenkar wird sich drei Wochen in Madrid aufhalten. Der Dirigent hatte vor kurzem mit großem Erfolg in Barcelona dirigiert.

ZUMIETEN GESUCHT

Komfortable
5-6-Zimmer-Wohnung
mit Heizung und Bad für leitenden Herrn eines Karlsruher Unternehmens zum 1. 4., ggf. auch später gesucht. Angeb. unter 128 an die EZ

ZU VERMIETEN

Gut möbliertes Zimmer an nur berufstätigen Herrn zu vermieten.
Zu erfr. unter 145 in der EZ

ZU VERKAUFEN

Küchenherd
zu verkaufen.
Zu erfr. unter 152 in der EZ

Häckelmesser
zu haben b. Schmiedemeister Sieß. Dasselbst sind kleinere Militär-Hufeisen abzugeben

STELLENGESUCHE

Junge Frau sucht Arbeit (möglichst halbtags).
Zu erfr. unter 146 in der EZ

Läftige Haare

befettet garantiert
schmerzlos- und zuverlässig
„ARTISIN“
Enthaarungcreme
TUBE zu 1.50 u. 2.50
Sicher zu haben:
Drogerie R. Chemnitz
Leopoldstr. 7 Telefon 990

Man muß sie probiert haben, um zu wissen...

wie gut Sanella schmeckt!

Bitte, kosten Sie doch selbst einmal: dann werden Sie verstehen, warum fast jede zweite Hausfrau Sanella verlangt. * Sanella schmeckt so frisch, so fein und rein. Das ist der Brotaufstrich, den Ihre ganze Familie gern isst.

* 17 437 Hausfrauen wurden befragt, wie sie sich Margarine wünschen — und so bekommen Sie heute Sanella!

Die frische **SANELLA** feiner im Geschmack!

Der Stadtverwaltung sowie allen, die mir zu meinem 80. Geburtstag Glückwünsche und Geschenke übermittelt, danke ich hierdurch recht herzlich
Spinnerei 15
Frau Amalie Laier

Wohin am Samstag abend? In die Stadthalle!
Zur Eröffnung der Fastnachtsbälle
Blau-Weiß-Ball
des Fußballvereins
Vorverkaufsstellen: Buchhandlungen Lechner, Leopoldstr. und Marksch, Kronenstr. — Für Mitglieder: Vereinslokal Bad, Hof. Mitglieder 1 Karte DM 1.— Nichtmitglieder DM 1.50

BEKANNTMACHUNGEN
Amtsgericht Ettlingen
Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma ATODONT-Werk, Ettlingen ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Festsetzung der Vergütungen und Anträge der Gläubigerzuschussberechtigten Schlusstermin bestimmt auf: Freitag den 8. Februar 1952, vormittags 9.00 Uhr vor dem Amtsgericht, I. Stock, Zimmer Nr. 5. Mit dem Schlusstermin wird die Prüfung des passiven Vermögens verbunden.
Ettlingen, 10. 1. 1952

Endlich freie Sicht durch
KLAR-GLAS
in der Tube, der unentbehrliche Helfer bei Frost und Kälte gegen Beschlagen und Vereisung der Scheiben bei Autos und Schaufenstern, für Brillen und für den Spiegel im Bad.
Autorisierte Verkaufsstelle für Ettlingen
Badenia-Drogerie R. Chemnitz - Ettlingen

Schnell gebräunt ohne Sonne
Die vor dem Kriege millionenfach bewährte weiße Bitalis-Creme ist jetzt wieder erhältlich.

Die weiße Bitaliscreme
ist Hautnährcreme und Bräunungscreme zugleich. Sie entwickelt auf der Haut innerhalb von 20 Minuten ohne Sonne eine Tönung, die Ihnen ein frisches, schön gebräuntes Aussehen verleiht. Die Tönung ist mit Selb- oder Gesichtswasser abwaschbar, sonst jedoch wetterfest.
Kaufen Sie sich eine Dose dieser vielbegehrten weißen Creme, die keinen Puder enthält, völlig unschädlich ist und Ihr Gesicht verschönt und verjüngt.
Hauptverkaufsstelle:
Drogerie Rud. Chemnitz
Ettlingen Leopoldstraße

VERSCHIEDENES
Wer übernimmt engl. Korrespondenz? Findling, Kugellager, Kolpingstr. 1
Suche Herrn
bis zu 55 Jahren zwecks gemeinsamer Reisetätigkeit; guter Artikel, schöner Verdienst. Pkw steht zur Verfügung. Angeb. unter 180 an die EZ
Pachtverträge
sind wieder zu haben bei
Buchdruckerei A. Graf

Umschau in Karlsruhe

Neue Wohnungen für Umsiedler

Karlsruhe (Isw). Im Jahre 1952 sollen 540 heimatsvertriebene Familien aus den nordbadischen Förderbezirken Tauberbischofsheim, Mosbach, Buchen und Sinsheim nach Mannheim und Pforzheim umgesiedelt werden. Es handelt sich dabei um Arbeiter, die bereits in den Städten Mannheim und Pforzheim beschäftigt sind, sowie um Dauerarbeitslose, die im nordbadischen Hinterland in ihrem Beruf nicht in Arbeit vermittelt werden können. Für diese Umsiedler werden in Mannheim und in Pforzheim 200 Wohnungen gebaut, die bis zum Herbst bezugsfertig sein werden.

Über 10 000 Wohnungen gefördert

Karlsruhe (Isw). Bis zum 31. Dezember 1951 hat die Badische Landeskreditanstalt, die im Landesbezirk Nordbaden und im heutigen Südbaden die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung durchführt, insgesamt 4 900 Anträge mit einer Gesamtsumme in Höhe von rund 79,5 Millionen DM bewilligt. Außerdem wurden insgesamt 23 Wohnheime mit etwa 950 Räumen finanziert.

Verkehrsunfälle forderten 217 Todesopfer

Karlsruhe (Isw). Bei 14 258 Verkehrsunfällen, die sich im letzten Jahr in Nordbaden ereignet haben, wurden 271 Personen getötet. Unter den Toten befanden sich nach Mitteilung der Kriminalpolizei Karlsruhe 30 Kinder unter 14 Jahren. 6 743 Verkehrsteilnehmer wurden bei den Unfällen verletzt. Die meisten Unglücksfälle entstanden durch falsches Überholen und Nichtbeachtung der Vorfahrt. Der gesamte Sachschaden wird mit 5 754 161 DM angegeben.

KPD darf nicht in die Karlsruher Festhalle

Karlsruhe (Isw). Eine von der KPD angesetzte Kundgebung, auf der der westdeutsche KP-Vorsitzende Max Reimann in der Karlsruher Festhalle über die gegen seine Partei eingereichte Verfassungsklage sprechen sollte, mußte abgesetzt werden. Die Stadt hat der KPD die Benützung der Festhalle untersagt. Die Karlsruher KPD hat am Mittwoch angekündigt, daß sie Schritte gegen dieses Vorgehen der Stadtverwaltung unternehmen will.

Aus der badischen Heimat

US-Zigaretten mit Reichsmark bezahlt

Mannheim (Isw). Zwei aus Frankfurt stammende junge Männer wurden dieser Tage in Mannheim bei Schwarzmarktgeschäften festgenommen. Sie hatten US-Soldaten Tausende von Zigaretten abgekaut und die Ware mit alten 100-Reichsmark-Scheinen bezahlt. Die Polizei konnte bei den beiden Reichsmark-Besitzern, die zum Abtransport ihrer Beute gleich mit zwei Personautos aus Frankfurt gekommen waren, noch 33 Stangen mit 6000 Zigaretten beschlagnahmen.

Vierzig Hektar für die DLG-Ausstellung

Mannheim (Isw). Vierzig Hektar groß wird das Gelände sein, auf dem die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) in Mannheim aufgebaut wird. Ein zusätzlicher, zwanzig Hektar großer Parkplatz wird eine große Besucherzahl ermöglichen. Die Ausstellung, zu der sich bereits die Landwirtschaftsminister aus Jugoslawien und Belgien angesagt haben, wird rund eine Million DM kosten.

Pforzheim. In der Vorhalle des Pforzheimer Hauptbahnhofs griff die Polizei kürzlich zwei auswärtige Jugendliche auf, die zwei Tage vorher aus der Erziehungsanstalt in Sinsheim entwichen waren. (Isw)

Bonner Besuch in Kehl

Kehl (Isw). Eine Abordnung Bonner Regierungsvertreter hat unter Führung von Ministerialrat Dr. Isenberg vom Bundesfinanzministerium Kehl besucht, um sich an Ort und Stelle über die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Erfordernisse der Stadt zu unterrichten. An den Besprechungen mit der

Bonner Vertretung nahmen Landeskommissar Schindele, Landrat Bechtold, Bürgermeister Marcello und Vertreter des Stadtrates teil. Die südbadische Regierung war durch den Leiter des Referats Kehl bei der badischen Staatskanzlei, Ministerialrat Dr. Mayer und andere Referenten vertreten. In der Aussprache befaßte man sich vor allem mit der

Gewährung und Verwendung von Krediten, die Kehl in Aussicht gestellt worden sind.

Todtmoos klagt gegen Landratsamt

Todtmoos (Isw). Das Verwaltungsgericht Konstanz verhandelte eine Klage von Todtmoos und zweier Hotelbesitzer der Gemeinde gegen das Landratsamt Säckingen. Das Landratsamt hatte 1951 die Umwandlung des Hotels „Adler“ in Todtmoos in eine Heilanstalt für Leichterkrankte genehmigt. Der Gemeinderat vertritt den Standpunkt, daß Todtmoos nicht in einen Lungenkurort umgewandelt werden, sondern ein Klimakurort bleiben soll. Er sprach zugleich dem Landratsamt das Recht ab, eine so entscheidende Konzession zu erteilen. Es entfiel dadurch die Gefahr, daß Todtmoos als Kurort künftig von Fremden gemieden werde. Der Auffassung des Gemeinderats steht allerdings ein Gutachten aus dem Jahr 1939 entgegen, in dem anlässlich eines damals gestellten Antrags festgestellt wird, daß Todtmoos allgemein als Lungenkurort bekannt sei. Auch würden dort seit Jahren Leichterkrankte aufgenommen. Das Verwaltungsgericht steht bei dieser Sachlage vor der grundsätzlichen Entscheidung, ob das Landratsamt auch gegen den Willen der Gemeindeverwaltung Maßnahmen erlauben darf, die geeignet sind, den Charakter der Gemeinde als Kurort zu ändern. Das Gericht beschloß, die Klage zuzulassen. Dem nächsten Termin soll eine gerichtliche Ortsbesichtigung vorausgehen.

Überlingen. Unbekannte Täter steckten in die Fluglöcher des Bienenstandes eines Imkers in Mittelstetten im Kreis Überlingen brennende Schwefelschnitten. Dadurch gingen 5 Bienenvölker ein. (Isw)

Gemeinsame Gemeindekammer gebildet

Neuordnung des Gemeinde- und Kreisrechts

Karlsruhe (Isw). Auf einer Tagung des württemberg-badischen Städteverbandes wurde in Schwäbisch Gmünd eine badisch-württembergische Gemeindekammer gegründet. Die Kammer besteht aus 23 Mitgliedern, ihr Sitz ist zunächst Karlsruhe. In die Kammer wurden unter anderem die Oberbürgermeister Dr. Klett, Stuttgart, Dr. Heimerich, Mannheim, Dr. Swart, Heidelberg, und Kah, Schwäbisch Gmünd gewählt.

Wie der Geschäftsführer des württemberg-badischen Städteverbandes Dr. Hagen mitteilte, stand im Mittelpunkt der Gründertagung die Beratung über die gemeinsamen Arbeiten in einem zukünftigen Südweststaat. Als Aufgabe der neugebildeten badisch-württembergischen Gemeindekammer bezeichnete Dr. Hagen die Neuordnung des Gemeinde- und Kreisrechts — im Gebiet des Südweststaats gibt es insgesamt vier Gemeindegliederungen — die Einschaltung in die zukünftigen Verwaltungsorganisationen des Südweststaats sowie die Reduzierung der Zahl der kommunalen Spitzenverbände.

Die neugebildete Kammer beabsichtigt ferner die Bildung eines einheitlichen Städteverbandes, der alle Städte mit 15 000 und mehr Einwohnern umfassen soll.

Neue Personal-Ausweise eingeführt

770 000 DM für Salzwerk Kochendorf — Neues Kirchensteuerrecht in Nordbaden

Stuttgart (ZSH). Der württemberg-badische Landtag verabschiedete in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz über Personal-Ausweise, das im wesentlichen auf einem einheitlichen Entwurf der Innenminister der Bundesländer beruht und nähere Bestimmungen zu dem kürzlich vom Bundestag verabschiedeten Gesetz enthält. Die neuen Personal-Ausweise, die keine Fingerabdrücke mehr tragen, werden gebührenfrei ausgestellt. Jeder Einwohner Württemberg-Badens, der über 16 Jahre alt ist, der allgemeinen Meldepflicht unterliegt und keinen Paß besitzt, ist nach diesem Gesetz zur Führung eines solchen Ausweises verpflichtet.

Zur Erneuerung der Aufbereitungs- und Förderanlagen im Steinsalzwerk Kochendorf hat der Landtag in einem Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz 1951/52 die Mittel von 200 000 auf 770 000 DM erhöht.

In einer Großen-Anfrage wies die CDU-Fraktion darauf hin, daß sich eine Reihe von Eisenhändlern außerhalb des normalen Handels auf zweifelhafte Weise der Bleche und des Eisens bemächtigt und ihre Monopolstellung ausnütze. Ministerialrat Krauß sagte als Vertreter des Wirtschaftsministers, die eisen-schaffende Industrie sei erst bei einem Produktionsindex von 100,6 Prozent angelangt, während beispielsweise die Kraftfahrzeugindustrie bereits 161 Prozent des Standes von 1938 erreicht habe. Aus diesem Grunde könne auch die Bekämpfung des Schwarzhandels den Eisen- und Blechmangel nicht beseitigen. Der CDU-Abgeordnete Simpfendorfer verwahrte sich gegen den Versuch einiger Abgeordneter, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung für die Eisen- und Blech-Verknappung verantwortlich zu machen. Vertreter der DG/BHE forderten eine verstärkte Bekämpfung des Schwarzmarktes, drangen aber mit einem diesbezüglichen Antrag nicht durch.

Einstimmig angenommen wurde ein SSW-Antrag auf Minderung der Wertzölle und die Einführung von Exportprämien zum Schutze der Gabletzer Industrie. Ebenfalls einstimmig wurde die Regierung ersucht, die zur Zeit bestehenden Zuzugsbestimmungen so aufzulockern, daß die in ihrer Heimat zurückgebliebenen Deutschen in Jugoslawien, Rumänien und Ungarn nach Württemberg einreisen können.

In zweiter und dritter Lesung verabschiedete der Landtag einstimmig ein Gesetz zur Änderung des Kirchensteuer-Rechts im Landesbezirk Nordbaden. Die badische Landeskirche in Nordbaden wird durch dieses Gesetz ermächtigt, die im Jahre 1940 abgeschaffte Bausteuer wieder einzuführen. Eine gewisse Unruhe entstand, als die DVP-Abgeordnete Emmy Diemer, Stuttgart, gegen die Devise „Wohnungsbau statt Kirchenbau“ Stellung nahm und darauf hinwies, daß die Dome des Mittelalters in einer Zeit gebaut worden seien, in der die Menschen noch viel ärmer gewesen seien als heute. Der Landtag vertagte sich auf 30. Januar.

Die Finanzausgleichs-Klage

Urteilsverkündung am 6. Februar - Bundesregierung und Bundestag gegen Würt.-Baden

Karlsruhe (UP/Isw). Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts eröffnete unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Höpker-Aschoff die Verhandlung über die Klage der württemberg-badischen Regierung gegen das Finanzausgleichsgesetz 1950. In seinem Antrag, dem sich die Hansestadt Hamburg anschloß, hatte Württemberg-Baden die Feststellung der Nichtigkeit des Finanzausgleichsgesetzes und eine vorläufige Regelung durch einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichtes gefordert.

Das Bundesverfassungsgericht beschloß, sich bis zum 6. Februar zu vertagen. An diesem Tag wird das Urteil verkündet.

In der Verhandlung, an der neben den Vertretern der Landesregierung von Württemberg-Baden, des Hamburger Senats, der Bundesregierung und des Bundestags auch Delegierte der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und des Senats der Hansestadt Bremen teilnahmen, erörterte zunächst der württemberg-badische Prozessvollmächtigte, Professor Dr. Gerhard Wacke (Hamburg) die Klage. Er bezeichnete die Leistungen der Württemberg-Baden im Vergleich zu anderen westdeutschen Ländern aufbringen muß, als ungewöhnlich hoch. Sie würden für das Rechnungsjahr 1949 mit 129 Millionen DM angegeben; der nach dem Finanzausgleichsgesetz sich ergebende Aufbringungsanteil für 1950 mit rund 71 Millionen. Württemberg-Baden vertritt den Standpunkt, finanzschwache Länder könnten nur insoweit am Ertrag anderer Länder beteiligt werden, als dadurch die Führung von deren selbständiger Haushaltswirtschaft nicht gefährdet werde.

Die im Finanzausgleichsgesetz enthaltene Bestimmung, nach der die Länder ihre Beiträge nach der Höhe der Gesamteinnahmen entrichten müssen, widerspreche dem Grundgesetz. Das Finanzausgleichsgesetz habe den Bund ermächtigt, auf die Finanzen der Länder einzuwirken. Gleichzeitig habe es den

Bund zum 300fachen Millionär gemacht. Es sei bezeichnend für die Auswirkung des Gesetzes, daß Württemberg-Baden, das selbst keine vollkommene Schuldfreiheit gewähre, an Länder Zuschüsse bezahlen müsse, die die Schuldfreiheit schon seit einiger Zeit eingeführt hatten. Diese Länder müßten sich auch eine Kontrolle über die Verwendung der Beiträge gefallen lassen. Es sei nicht die Aufgabe des Finanzausgleichs, lebensunfähige Länder, die nur einer verfehlten Grenzziehung ihre Existenz verdankten, künstlich am Leben zu erhalten. Württemberg-Baden ist der Meinung, daß dieser „finanzpolitische Konstruktionsfehler“ des Bundes auf einem anderen Wege geregelt und geklärt werden müsse als auf dem Wege des Finanzausgleichs in der jetzigen Form.

Die Antragsteller stießen auf eine starke Opposition. Der Vertreter der Bundesregierung, Ministerialdirektent Herbert Fischer-Menshausen, wies alle vorgebrachten Argumente zurück und erklärte, im Finanzausgleich gebe es keine Patentlösung. Weder die Bundesregierung sei in der Lage, die Gerechtigkeit des Finanzausgleichs zu beweisen, noch seien diejenigen, die dieses Gesetz angreifen, in der Lage, den Beweis für die Ungerechtigkeit des Gesetzes zu erbringen. Dem Antrag Württemberg-Badens und Hamburgs müsse nach Auffassung der Bundesregierung der Erfolg versagt werden.

Eine ähnliche Haltung bezog der Bundestag, der durch den Bundestagsabgeordneten Seuffert in einem Schreiben beantragte, den Klage-Anträgen nicht stattzugeben. Ferner wandte sich die Landesregierung von Rheinland-Pfalz durch ihren Vertreter, Ministerialrat Dr. Hans Schäfer, gegen die Verfassungsklage. Schäfer betonte, das Land Rheinland-Pfalz gehöre zu den armen Ländern des Bundesgebietes und sei beim Finanzausgleich auch benachteiligt worden. Es habe aber nicht die gleichen Forderungen gezogen wie Württemberg-Baden.



Copyright by Carl Dunscker, Berlin, durch Verlag v. Gröber & Götz, Wiesbaden (G. Fortsetzung)

Die Kassiererin lehnte sich in ihrem Stuhl zurück und holte einmal tief Luft. „Kinder, da hättet ihr den Kriminalrat sehen müssen. Nein, so was Galantes. Er schiebt mir 'nen Stuhl hin. Bitte, nehmen Sie Platz. Fräulein Stemmler, und nun schildern Sie mir einmal den Mann genau. Wie sah er aus? Groß, klein, dick, hager und so fort. Ich gebe mir alle Mühe. Ihr wißt ja, ich habe ein gutes Gedächtnis und kann euch alle Kasseneinnahmen der letzten Wochen hersagen. Na, ich fange an. Er war ein kräftiger Mann, noch jung, Bartlos — na, das besagt ja nicht viel. So ein bißchen wie ein Seemann, denke ich. Er hatte einen weichen Hut auf mit einem breiten Rand. Was der Mann getan habe, wollte der Kriminalrat wissen, als ich ihm kein Billett mehr verkaufte. Ob er auf den Zirkuseingang zugegangen sei. Das hatte ich noch gesehen, aber hinein konnte er ja nicht ohne Billett. Wir haben eine sehr scharfe Kontrolle. Gut, na, dann konnte ich endlich gehen.“

Muschi hatte mit Mühe ihren Redestrom unterdrückt. Jetzt sprudelte sie los. „Mei Mann sagt doch, es sei alles so verdreht gewese, der Orlando sei fortgewese und ...“

Die Kassiererin erbleichte. „Der Orlando ...“ flüsterte sie gedanklos vor sich hin, „der Orlando ...“ Aber der kleine Ausruf versank in dem Strom von Worten, den jetzt Muschi über sie, die Töchter, die Zwerge und alle, die in der Veranda saßen, ergoß. Und der kleine Willi, der ihn als einziger verstanden hatte, legte ihn sozusagen ad acta seiner Erinnerung.

V. Das Klopfen an der Tür des Salonwagens ließ den Kriminalrat Riedler aufhorchen. „Herein!“ rief er und legte den Bleistift auf den großen Bogen, auf dem er sich Notizen machte.

Der Kriminalassistent Lenk steckte nur den Kopf zur Tür herein. „Die Spuren sind gesichert, Herr Rat. Ich hätte noch ein paar Ergebnisse ...“

Riedler erhob sich sofort. „Herr Junghoff, ich muß die Vernehmung unterbrechen. Wollen Sie sich bitte weiter zur Verfügung halten!“ Der Stallmeister, der den Dienst als Abendregisseur gehabt hatte, nickte ergeben. „Ich habe alles gesagt, was ich weiß ...“

„Gewiß, aber da sind noch Auskünfte ... über den ganzen Betrieb, wissen Sie — es wird nicht lange dauern.“ Riedler ging zur Tür. „Entschuldigen Sie, Herr Direktor, daß ich Ihren Wagen mit Beschlag belegt habe.“

Direktor Straßbeck schüttelte den Kopf. „Das ist doch selbstverständlich. Wem sollte mehr daran liegen, daß die Sache so schnell wie möglich aufgeklärt wird, als mir. Bedenken Sie, was dieses Geschehen für mein Unternehmen bedeutet.“ Bitter verzog er den Mund. „Mord im Zirkus Straßbeck!“

Der Kriminalrat ersparte sich eine Antwort. Er stieg die Treppe des Salonwagens hinunter. „Was Neues, Lenk?“ Er blieb vor dem Kriminalassistenten stehen.

Lenk, immer etwas selbstbewußt und ein fanatischer Anhänger all dessen, was man mit Augen sehen, mit Ohren hören und mit den Händen anfassen kann, deutete mit dem Zeigefinger auf den dunklen Eingang C. „Schon als ich den ersten Bericht erstattete, Herr Rat, hatte ich den Eindruck, daß die Leiche nicht an der gleichen Stelle lag, wo der Mord geschah. Erstens die Stellung ...“

„In Ordnung, Lenk. Ich habe jedes Wort Ihres ersten Berichtes im Gedächtnis. Inzwischen ist auch ein knapper Tatbestand des

Arztes eingegangen. Die Tat ist mit einem stumpfen Gegenstand verübt worden. Der Schlag ist mit großer Kraft ausgeführt worden. Der Tod muß unmittelbar eingetreten sein. Ist die Blütllichtaufnahme gelungen?“

„Jawohl, Herr Rat. Scheuer ist dabei, sie zu entwickeln. Morgen legt er sie vor.“

Die beiden Männer waren über die zertretene Grasnarbe, die das Ziel umgab, bis zum Eingang C gekommen. „Also los, Lenk.“

„Ich habe verschiedene Spuren sichern können, Herr Rat. Die eine, die längs des Zeltes läuft, stammt von dem Monteur Rapp, der die Leiche fand. Von den Stiefeln des Toten konnte ich nirgends einen Abdruck finden. Folglich ist der Mann hierhin getragen worden.“

Riedler nickte. „Der Mann heißt Thiele. Er ist Weinreisender und wohnt im Hotel Speckermann am Hafen. Er hatte seine Brieftasche bei sich, aus der sich seine Personalien ermitteln ließen.“

Eifrig bückte sich der Kriminalassistent und ließ seine Taschenlampe aufleuchten. „Wollen Sie bitte einmal hierher sehen, Herr Rat? Das sind Spuren eines großen Stiefels. Sie haben sich sehr tief eingedrückt. Wahrscheinlich hat ihr Besitzer eine schwere Last getragen. Diese Spuren laufen hier vom Eingang C bis zu der Stelle, wo der Monteur Rapp den Toten fand.“

Aufmerksam untersuchte Riedler den Boden. „Gut beobachtet. Und was ist das dort für eine Spur?“

„Deswegen habe ich Herrn Rat geholt. Es scheint mir der gleiche große Stiefel zu sein, nur ist der Mann hier in der umgekehrten Richtung gegangen, und zwar auf Zehenspitzen und ohne Last. Man könnte annehmen, er ist zurückgelaufen.“

Lenk richtete sich auf und strich über das glattrasierte Kinn. „Meine Ansicht ist folgende: Der Weinreisende Thiele ist im Rundgang erschlagen worden. Er wurde von dem Täter hinausgetragen und auf den Rasen ge-

legt. Dann lief der Täter wieder in den Zirkus zurück.“ Nochmals schritt Riedler den ganzen in Frage kommenden Komplex ab. Für einen Laien war nicht viel zu sehen. Ein feuchter, mit spärlichem Gras bewachsener Boden. Ein paar kaum wahrnehmbare Abdrücke. Aber dem Kriminalisten erzählten diese Dinge eine ganze Geschichte.

Der Fall würde sehr wenig Mühe machen. „Sie haben recht, Lenk. Wenn ich mich nicht irre, wartet der Mann, der die große Schuhnummer hat, beim Salonwagen auf seine Vernehmung. Ist im Rundgang irgend etwas zu finden?“

„Nein, Herr Rat. Dort liegen Bretter.“

„Gut, bleiben Sie vorläufig hier, Lenk. Vielleicht finden Sie noch irgend einen Anhaltspunkt. Ist alles nach der Mordwaffe abge-sucht?“

„Alles, Herr Rat, aber bis jetzt vergeblich.“ Riedler nickte seinem Assistenten zu und ging zu dem Salonwagen zurück.

Wie eine Insel lag der große Zirkus inmitten des Heiligengeistfeldes. Im Mondlicht warfen die kreuz und quer gestellten Wagen tiefe Schlagschatten. Nur aus dem Salonwagen des Direktors leuchtete klares Licht. Riedler blieb vor der kleinen Treppe stehen, ehe er hinaufging. Er senkte ein wenig den Kopf und überlegte.

Die Tat war zwischen halb und dreiviertel zehn geschoben. Der Stallmeister Junghoff hatte ausgesagt, daß der Kutscher Cestnick statt an seinem Platz bei den Pferden im Wohnwagen des Clowns Valenci war, wo er von ihm in einer heftigen Erregung ange-troffen wurde. Das war kurz vor zehn Uhr gewesen. Die Zeit stimmte also.

Aber wie kam der Kutscher Cestnick dazu den Weinreisenden Thiele im Rundgang des Zirkus zu erschlagen? Was bestanden zwischen den beiden für Zusammenhänge? Der Zirkus war jahrelang im Ausland gewesen. Hamburg war die erste deutsche Station, wie Direktor Straßbeck angegeben hatte.

(Fortsetzung folgt)

LAND GARTEN

Halbäre Etikettenschrift

Eine billige Beschilderung

Um die vielen, oft schwierigen Namen schöner Blumen oder Gehölze, evtl. auch noch andere erläuternde Daten, wie Pflanzjahr, Blütezeit usw. nicht zu vergessen, ist es ratsam, die Pflanzen mit kleinen Schildchen mit den Namen der Gewächse zu versehen. Benutzt man die gelben Holzetikette mit Bleistiftaufschrift, so verschwindet durch Sonne und Regen innerhalb eines Vierteljahres die Deutlichkeit des Schriftbildes. Diese Schilder sind daher nur für die Neussassanten, aber weniger für ausdauernde Pflanzen geeignet. Sollen die Namensschilder ihre Lesbarkeit sobald nicht verlieren, so beschriften wir die Etiketten gleich aus welchem Material mit schwarzer Ausziehtusche, Kopier- oder Fettschrift und überziehen sie mit einem wasserhellen Lack. Zinkblech- oder aufgeraute Aluminiumblechabfälle, die man sich in einer Metallfabrik oder bei einem Bauklempner beschaffen kann, werden in Schildchen gewünschter Größe geschnitten und evtl. noch mit einem Aufhängeloch versehen. Zur Beschriftung verwenden wir einen gewöhnlichen weichen Graphitbleistift. Es ist erstaunlich, wie gut das Schriftbild auf diesem Material Wind und Wetter standhält.

Was tut man gegen Frostschäden?

Ein gefährliches Zwillingpaar: Wintersonne und Wind

Im Garten regt sich nur noch einiges Tierleben — Blaur-Eisen buschen durchs Geäst, Katzen und Wildkaninchen befinden sich auf Futtersuche. Sonst ist das Leben im Garten erstarrt. Die in grober Scholle liegenden Beete werden vom Frost aufgekackt. Aber auch da, wo wir winterharte Pflanzen stehen haben, dringt der Frost in den Boden ein. Im allgemeinen vertragen die im Freien überwinterten Gewächse recht gut unsere Kältegrade — ja noch tiefere Temperaturen. Wenn wir den idealsten Winterschutz, nämlich Fichtenreisig, über die Beete decken, besteht von vornherein nicht die Absicht, die Kälte von den Pflanzen abzuhalten, um ihnen einen Frostschutz zu gewähren, sondern um sie vor der Bestrahlung der Sonne zu schützen.

Die Sonne weckt durch ihre Wärme besonders um die Mittagszeit herum recht schnell das Leben in den Pflanzen. Damit ist verbunden, daß in den Gefäßen der Pflanzen wieder stärker die Säfte zu steigen beginnen. Meist folgt auf einen sonnigen Tag eine sternklare Nacht mit einigen Kältegraden, die die belebte, mit zu viel Säft erfüllte Pflanze nur schnell zum Erfrieren bringt. Haben aber die frost- (besser: wärme-) empfindlichen Ziergewächse, die mit krautigen Oberteilen überwintern, wie Stauden und Zweijahresblumen, eine Reisigdecke, so sind sie vor der schädlichen Wärme geschützt und werden nicht zu früh zum Leben erweckt. Winterstahl und Spinat sollten gleichfalls aus diesen Gründen besonders über Mittag beschattet werden. Damit der gefrorene Boden nicht zu schnell auftauft, Stauden, die im Winter ihren krautigen Oberteil einziehen (Pionien, Liliengewächse, Schwertlilien usw.) werden mit Laub oder Komposterde geschützt. Besteht Gefahr, daß das Laub weggemacht wird, so legen wir darüber etwas Reisig. Auch bei empfindlichen Ziergehölzen, die eine dicke Laubschicht auf dem Boden erfordern, schützen wir die Wur-

Manche Pflanzenfreunde haben bisher noch nichts von der Kunst der Hydrokultur, Pflanzen in Wasser und Nährlösung zu ziehen, gehört. Dies Gebiet der Pflanzenzucht ist nicht völlig neu, es ist aber auch wiederum nicht so erforscht, daß man sagen darf, die Wasserzucht werde in absehbarer Zeit die Pflanzenzucht im Boden verdrängen oder gar so weit entwickelt sein, daß die vorhandene Lücke im Gemüsebau geschlossen werden könnte. Wenn diese Arbeit nur dazu beiträgt, den Kreis der Naturfreunde für dies Gebiet zu erweitern, Liebhaber zu finden, hat sie ihren Zweck erfüllt. Wenn sich auch Forscher seit einigen Jahrzehnten mit der erdlosen Pflanzenzucht beschäftigt haben — seit rund hundert Jahren weiß man, daß Landpflanzen in der Lage sind, ihre Nährstoffe aus wässrigen Lösungen aufzunehmen — sind doch erst in den letzten Jahren die Versuche und praktischen Vorarbeiten in Deutschland so weit vorgetragen worden, daß der Liebhaber mit festen Grundlagen an die Arbeit gehen kann, um an der Weiterentwicklung mitzuhelfen und selbst Freude daran zu haben. Den Hauptanstoß erhielt die Hydrokultur durch den

Wurzelsystem in der gleichen Weise. Auch das Wurzelwerk soll nicht angeregt werden zu erhöhter Tätigkeit.

Ebenso schädlich wie die Wintersonne sind die kalten, austrocknenden Winde für die überwinterten Pflanzen in ungeschütztem, schneefreiem Boden. Wir müssen uns das so vorstellen, daß der Wind bei gleichzeitiger Sonneneinstrahlung den Gewächsen aus den grünen oberirdischen Teilen viel Feuchtigkeit entzieht und die Wurzeln bei tieferen Temperaturen nicht in der Lage sind, das verdunstete Wasser nun aus dem Boden, in dem es zur Zeit durch den Frost verschlossen ist, zu ersetzen. So werden diese Pflanzen dürr und sterben ab, wir sagen sie frieren aus. Wir wissen, wie schädlich trockener Frost im Gefolge von Sonne und Wind der Wintersonne sein kann! Hier ist ein Winterschutz durch Menschenhand kaum möglich, es sei denn, daß wir zeitig Windschutz durch Hecken schaffen. Im Garten aber sollten wir durch Fichtenreisig alles Empfindliche abgedeckt haben. Gerade solche Reisigdecke löst noch so viel Luft durch wie die Pflanzen während des Winterschlafes benötigen. Da die Pflanzen nur schlafen, ist ein luftdichtes Verpacken unangebracht. Die Reisige von Kiefern oder Fichten sind trotz ihrer Luftdurchlässigkeit so beschaffen, daß die gefährlichen Winde ausreichend abgeschwächt werden und die Mittagssonne nicht zu stark wirken kann.

Damit der kalte Winterwind Weinstock und Brombeeren in freien Lagen nicht ausfrieren kann, legt man sie gern auf den Boden und bedeckt die Ranken.

Für den Gartenfreund, dem diese Zusammenhänge bisher nicht klar waren, ist es daher gewiß interessant zu erfahren wie ein Winterschutz wirken soll, um nichts falsch zu machen. Außerdem ist es für jeden Anfänger im Kleingartenbau eine Beruhigung, für die seine Pflanzen alles Mögliche getan zu haben.

Die Unkrautbekämpfung im Wintergetreide

Vernichtung der Würzeln ist notwendig

Im letzten Herbst kamen Roggen und Winterweizen, wie auch Wintergerste schon unter ungünstigen Bedingungen zur Aussaat. Es muß daher alles getan werden, um hier einen Ausgleich zu schaffen.

Von vornherein wird vorausgesetzt, daß nur gut gereinigtes und sortiertes Saatgut zur Aussaat gelangt. Das Beizen des Saatgutes gegen Brand und Schneeschimmel soll auch zur Selbstverständlichkeit geworden sein. Eine Maßnahme aber, die leider noch viel zu wenig beachtet wird und deren Erfolg für die Entwicklung des Wintergetreides, vor allem wenn es anfangs durch die Witterung oder sonstige ungünstige Einflüsse gestört und beeinträchtigt war, von größter Bedeutung ist, ist die Unkrautbekämpfung im Herbst und im Frühjahr. Die hauptsächlichsten Unkräuter mit denen wir im Wintergetreide zu rechnen haben, sind: Kornblume, Kornrade, Windhalm, Kletschmohn, Ackerfuchsschwanz, Vogelmilch, Ehrenpreis, Hirtentäschel u. a. mehr. Zu ihrer Bekämpfung im Herbst und im Frühjahr ist eine Gabe ungeädert Kalkstickstoff (bis 200 kg je ha) erforderlich. Die Wirkung des Kalkstickstoffes ist entweder eine Bodenwirkung, wobei die Unkrautwürzeln angegriffen und vernichtet werden, oder eine Blattwirkung, bei der der Kalkstickstoff ätzend auf die Blätter einwirkt, oder eine Wirkung von beiden zusammen.

Ackerfuchsschwanz und Windhalm werden am nachhaltigsten im Keimblattstadium oder als kleines Büschel bekämpft, also wenn 2 bis 4 kleine Blättchen zu sehen sind. Hier wirkt dann der Kalkstickstoff auf die kleinen Wurzeln. Die anderen Unkräuter sind dagegen am empfindlichsten im Stadium der sogenannten kleinen Rosette (vier waagrecht stehende Blättchen). Dabei ist neben der Bodenwirkung besonders die Blattwirkung von ausschlaggebender Bedeutung.

Eine noch viel zu wenig beachtete Tatsache ist, daß die Bekämpfung des Unkrautes sich nicht allein nach seiner Entwicklung richten soll, sondern vielmehr nach der Entwicklung

der Wintersaaten. Wird dies nicht berücksichtigt, dann ist in vielen Fällen eine nachteilige Wirkung des Kalkstickstoffes unvermeidlich. Die Unkrautbekämpfung soll daher auf Weizen- und Wintergerstenschlägen nicht eher durchgeführt werden, als bis Weizen und Gerste drei bis vier Blätter gebildet, Roggen soll sogar vier bis sechs Blättchen entwickelt haben. Die Getreidepflanzen sollen dann im Bestockungsknoten bereits Kronenwürzeln zeigen, das ist beim Weizen etwa drei bis vier Wochen und beim Roggen etwa drei bis fünf Wochen nach dem Auflaufen.

Zweckmäßig ist eine zweite Unkrautbekämpfung im Februar bis Anfang März je nach Witterung, besonders dann, wenn im Spätherbst die Bekämpfung unterlassen worden ist. Im allgemeinen rechnet man im Herbst und Frühjahr mit einer Gabe von 100 kg je Hektar, da ja auch mit einer düngenden Wirkung des Kalkstickstoffes gerechnet werden muß und zu hohe Stickstoffgaben beim Getreide leicht Lagergefahr mit sich bringen.

Auf schwachen Getreidebeständen wird die Bekämpfung am besten im Frühjahr vorgenommen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Bekämpfung nur bei trockenem Wetter auf trockene Pflanzen vorgenommen wird. Der Boden darf etwas feucht sein, die Bodenwirkung wird dadurch nur erhöht. Bei Frostwetter oder bei unmittelbar einsetzendem Frost darf eine Bekämpfung unter keinen Umständen durchgeführt werden, aber auch nicht im Frühjahr, wenn die Sonne den Boden auftaut und es nachts gefriert.

Weiterhin wird im bäuerlichen Kuhstall häufig der Fehler gemacht, daß die Kühe zu kurze Zeit trocken stehen. Die Kuh soll sich von ihrer Milchzeit erholen und gleichzeitig Reserven ansammeln. Dazu braucht sie mindestens 6 Wochen, Kühe mit hohen Milchleistungen sollten sich sogar 8 Wochen aus-

Das interessante Gebiet der Hydrokultur

Nutzbringende Pflanzenzucht ohne Erde

Deutsch-Amerikaner Arena, der seine amerikanischen Erfahrungen im Trovitzsch-Verlag, Holzminden, herausgebracht hat unter dem Titel: „Nutzpflanzen-Anbau ohne Garten“.

Wir wollen nun die wichtigsten Ergebnisse des Wasser-Kultur-Verfahrens zusammenstellen, um allen Interessenten einen Einblick in die Arbeitsweise, die Vielfalt der Probleme und Zukunftsmöglichkeiten zu vermitteln.

Zur Aufnahme der Nährlösung werden wasserdichte Gefäße, Tanks genannt, benötigt; da hinein hängen wir je einen flachen Einsatz, der Holzwole, Moos usw. zur Aufrechterhaltung der Pflanzen enthält. Der Einsatz hat unten mehrere Löcher, durch die die Wurzeln leicht in die Nährlösung gelangen können. Stärkerer Maschendraht ist hierfür gut geeignet. Der Einsatz muß etwa zwei Zentimeter über dem Wasserspiegel liegen. Die Lösung ist dunkel zu halten, damit sich keine Algen entwickeln können. Der untere Behälter soll mindestens 30 Zentimeter, der Einsatz meist acht bis zehn Zentimeter tief sein.

Für die Zusammenstellung der Lösungen gibt es verschiedene Formen (Liebhaber mögen sich an Organa-Anorgana in Bochum-Herthe wenden.) Wichtig ist, daß man Leitungs- oder Brunnenwasser und Düngersalze, also keine chemisch reinen Verbindungen, verwendet. Gewöhnliches Wasser und Düngersalze sind billig und enthalten noch verschiedene Spurenelemente, die bei den folgenden Angaben bereits berücksichtigt wurden. Zur Herstellung von hundert Liter Nährlösung werden beispielsweise benötigt: 55 g Kaliumnitrat KNO_3 , 45 g Magnesiumsulfat $MgSO_4$, 15 g Kaliumphosphat KH_2PO_4 (wasserlöslich), 85 g Kaliumnitrat $Ca(NO_3)_2$ (die angegebenen Mengen beziehen sich auf wasserfreie Salze); 0,150 g Borsäure H_3BO_3 , 0,180 g Manganchlorid $MnCl_2 \cdot 4H_2O$, 0,020 g Zinksulfat $ZnSO_4 \cdot 5H_2O$, 0,008 g Kupfersulfat $CuSO_4 \cdot 5H_2O$, 0,100 g Eisensulfat oder -citrat. Die Hauptnährsalze löst man zunächst in je 1 Ltr. Wasser. Die kleinen Mengen (Spurenelemente) werden mit einer Apothekerwaage festgestellt, dann gemischt und zusammen in 1 Ltr. Wasser gelöst. Werden nun z. B. 20 Liter Nährlösung gebraucht, so gieße ich aus jeder Literflasche, in der die Konzentrationen aufbewahrt werden, ein Fünftel der Menge ab, gleich 200 ccm oder 200 g; was dann noch bis 20 Liter fehlt, wird mit Leitungs- oder Brunnenwasser aufgefüllt.

Wer seine ersten Versuche machen möchte, beginne mit Tomaten, Gurken, Erdbeeren, Schnittlauch, Petersilie, Gladiolen, Begonien, Lilien, Alpenveilchen, womit bei der Hydrokultur schon recht gute Erfolge erzielt wurden. Das erforderliche Pflanzgut ziehen wir uns selbst heran. Dazu streuen wir den Samen auf die Holzwole oder das Waldmoos im Einsatz und halten das „Samenbett“ stets feucht. Sind die Sämlinge groß genug zum Vertopfen, so verschulen wir sie in einen anderen Einsatz, in den wir eine fünf Zentimeter dicke Schicht Moos oder Holzwole und darüber zwei Zentimeter Torfmull geben. Nun stößt man mit einem Finger oder einem nicht zu dicken Pflanzholz Lächer durch die Stüttschicht und setzt die Pflänzchen hier so hinein, daß ihre Wurzeln in die Nährlösung reichen. Nun verschließt man die Lächer mit Torfmull oder Reisschalen.

Für die Pflege der Pflanzen haben sich bestimmte Techniken herausgebildet. Einmal

täglich wird die Lösung umgerührt. Man verwendet hierzu entweder einen Stock, eine Fahrrad- oder Aquariumpumpe u. a. Die Wasserhöhe darf nicht mehr als drei Zentimeter unter dem unteren Rand des Einsatzes sinken. Ist zu viel Lösung verdunstet, so wird von dem Lösungsvorrat eine Verdünnung (30- bis 50proz.) hergestellt und hinzugefügt. Für ein gesundes Gedeihen der Gewächse ist es erforderlich, daß der Säuregehalt der Lösung festgestellt wird. Wir wissen, daß die meisten Pflanzen bei einem pH-Wert 5,5 bis 6,5 am besten gedeihen. Ist der Säuregehalt zu groß, so gleicht man mit Calciumhydroxyd aus, im andern Falle mit verdünnter Schwefelsäure. Liebhaber können sich ein Versuchskästchen beschaffen, an Hand dessen die Normalisierung der Lösung leicht zu erreichen ist. Für die Regulierung der Temperaturen werden im kleinen elektrischen Heizapparate verwendet, die nach dem Prinzip der Aquariumbheizung arbeiten. Es können aber auch Gas-, Dampf- und sonstige Heizanlagen eingebaut werden. Störungen in der Ernährung können bei einzelnen Pflanzen wie Tomaten usw. recht genau erkannt werden, doch fehlt es noch an Zuchtvorschriften für die Masse der Kulturgewächse. Aber gerade die Hydrokultur bietet die besten Möglichkeiten, die Nahrungsbedingungen der Pflanzen und die Auswirkungen beim Fehlen eines Nährsalzes zu erforschen.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß das Stützen der Pflanzen, die nicht selten ein bis zwei Meter hoch werden, eine recht umständliche Angelegenheit ist. Aus diesen Gründen hat man auch Versuche gemacht, die Pflanzen in Behälter mit Sand zu pflanzen, dem die Nährlösung zugesetzt wird. Erforderlich ist nicht zu feiner Sand, der frei von Alkalien und Kalkstein ist. Die Nährlösung muß eine Abflußmöglichkeit aus dem Gefäß haben (Blumentopf), sie wird unten aufgefangen und jeden Tag erneut über den Sand gegossen. Hierdurch erhalten die Wurzeln die erforderliche Luftzufuhr, was keinesfalls außer acht gelassen werden darf.

Es wäre noch vieles mehr zu berichten, doch soll nur noch ein kurzer Ausblick auf die Zukunft gegeben werden. Arena sagt selbst darüber: „Die Hydrokultur ist da und wird sich behaupten. — Ein sonst unbrauchbarer Raum kann als nutzbringend für die Hydrokultur verwendet werden. Die meisten Pflanzen gedeihen auch, wenn sie recht nahe beieinander stehen. Ebenso können mit Wasserkultur größere Mengen von Blumen, Früchten und Gemüse als in der gewöhnlichen Weise geübt werden. — Gerade in stark bevölkerten Ländern kann die Hydrokultur eine große Zukunft haben. Man denke nur an die Möglichkeit, auf gleichem Lebensraum ein Vielfaches an Nahrungsmitteln erzeugen zu können, selbst in mehrstöckigen Gebäuden unter Verwendung von künstlichem Licht, eine Technik, die bereits praktisch erprobt wurde und zu Erfolgen führte.“

Das Viehsalz nicht vergessen

Das Viehsalz entspricht in seiner chemischen Zusammensetzung und Wirkung dem in allen Haushaltungen zum Würzen der Speisen unentbehrlichen Kochsalz. Durch eine größere Mahlung, den Verzicht auf eine Reinigung und durch einen Zusatz von Eisenoxyd (daher auch die Rotfärbung) soll verhindert werden, daß das steuertfreie und damit wesentlich billigere Viehsalz der menschlichen Ernährung zugeführt wird. Salzbeigaben fördern die Frühlust und den Stoffwechsel. Das größte Salzbedürfnis haben unsere Wiederkäuer, also Rind, Schaf und Ziegen, besonders dann, wenn die Winterfütterung hauptsächlich aus Wurzelfrüchten, Stroh, Saft und Müllereiprodukten besteht. Natürlich dürfen die Salzgaben nicht willkürlich hoch gegeben werden. Man rechnet im allgemeinen folgende Tagesgaben je Tier: Milchkuhe 40 g, Jungrinder bis 20 g, Schewe und Schafe 5 g, Pferde 20-25 g und Schweine 6-8 g. Bei Fischmehl fütterung unterläßt man am besten die Salz fütterung.

Melken ist tägliche Erntearbeit

Warum die Milchleistungen oft nicht befriedigen

Die Erntearbeit im Kuhstall muß genau so wichtig genommen werden, wie die Erntearbeit auf dem Acker und auf der Wiese. Wenn sich die Männer im Bauernhof mit der gleichen Passion dem Melken widmen würden, wie sie es beim Pflügen, Säen und Ernten tun, dann würde die Wirtschaftlichkeit des Kuhstalls bald eine bessere sein. Denn letzten Endes hängt die Milchleistung einer Kuh vom Können des Melkers ab.

Melken müßte auch im Bauernkubstall Männerarbeit sein, wie es in größeren und Großbetrieben der Fall ist. Berufsmelker für größere Viehbestände machen eine mehrjährige Lehrzeit mit Besuch einer Viehpflege- und Melkerschule durch. Der Großbetrieb weiß also, warum er diese wichtige Arbeit einem „Spezialisten“ anvertraut. Im Bauernkubstall dagegen wird das Melken von arbeitsüberlasteten Frauen so nebenbei mit erledigt, so daß in diesen Betrieben die Milchleistungen selten befriedigen.

Weiterhin wird im bäuerlichen Kuhstall häufig der Fehler gemacht, daß die Kühe zu kurze Zeit trocken stehen. Die Kuh soll sich von ihrer Milchzeit erholen und gleichzeitig Reserven ansammeln. Dazu braucht sie mindestens 6 Wochen, Kühe mit hohen Milchleistungen sollten sich sogar 8 Wochen aus-

ruhen. Aber wie sieht es in der Praxis oft aus? Von heute ab steht die Kuh trocken und morgen ist das Kalb schon da. Es muß daher immer wieder darauf hingewiesen werden, wie wichtig es ist, auch ohne langes Suchen, daß er jeder Zeit, auch ohne langes Suchen, zur Hand ist. Nur dann kann man sich vor geldlichen Verlusten durch Milchaustfall usw. schützen. Außerdem sollten hochtragende Kühe wie Kühe mit 10 bis 12 Liter Milchtagleistung gefüttert werden. Durch Aufziehen nur gesunder Kälber von bewährten Kühen mit hohen Milch- und Fettleistungen, bei Verwirklichung der naturgemäßen Haltung und richtiger Fütterung sind langlebige Kühe mit guten Milchleistungen zu erzielen. Nur mit diesen Kühen, bei richtiger Melken, genügend langem Trockenstehen und bei regelmäßiger Klauenpflege ist der Viehhalter auf dem richtigen Weg zur Leistungssteigerung im Kuhstall.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die wichtigste und verantwortungsvollste Arbeit im Kuhstall das Melken ist. Nur wenn diese Tatsache befolgt wird, ist es grundsätzlich möglich, auch den bäuerlichen Kuhstall wirtschaftlicher zu gestalten, so daß es nur vom Können und Willen des Betriebsführers abhängt, das Ziel der 10 Jahre alten 3000-Literkuh als Mindestleistung zu erreichen.